

A1NEU3 GEGEN JEDEN ANTISEMITISMUS - Benennen, Erforschen, Bekämpfen (Angenommen)

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Tagesordnungspunkt: 7.7.3 Inhaltliche Anträge

1084 Antisemitismus ist auch im Jahr 2018 ein Thema mit schockierender Aktualität.
1085 Kippa tragende Personen werden in deutschen Städten auf offener Straße
1086 angegriffen. Ein Zustand, der niemals wieder als Normalität akzeptiert werden
1087 darf und dem gerade deshalb immer wieder mit Empörung und Widerstand begegnet
1088 werden muss. Allerdings beginnt Antisemitismus nicht erst dann, wenn
1089 vermeintlich als Jüd*innen identifizierte Personen auf offener Straße körperlich
1090 angegriffen, Synagogen attackiert oder jüdische Friedhöfe geschändet werden.
1091 Antisemitismus beginnt bereits bei verbalen Entgleisungen am Stammtisch, unter
1092 Freund*innen oder in der Schule. Im Folgenden soll daher zunächst versucht
1093 werden eine Begriffsklärung in Form einer Arbeitsdefinition von "Antisemitismus"
1094 zu geben, auf welche sich dieser Antrag auch im Weiteren beziehen wird:

1095 Arbeitsdefinition "Antisemitismus":

1096 "Der Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Jüd*innen, die sich als
1097 Hass gegenüber Jüd*innen ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in
1098 Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und / oder deren
1099 Eigentum, sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse
1100 Einrichtungen. Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als
1101 jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein. Oft enthalten
1102 antisemitische Äußerungen die Anschuldigung, die Jüd*innen betrieben eine gegen
1103 die Menschheit gerichtete Verschwörung und seien dafür verantwortlich, dass „die
1104 Dinge nicht richtig laufen“. Der Antisemitismus manifestiert sich in Wort,
1105 Schrift und Bild sowie in anderen Handlungsformen, er benutzt negative
1106 Stereotype und unterstellt negative Charakterzüge. (...) Antisemitische
1107 Diskriminierung besteht darin, dass Jüd*innen Möglichkeiten oder Leistungen
1108 vorenthalten werden, die anderen Menschen zur Verfügung stehen." (IHRA
1109 "Arbeitsdefinition Antisemitismus"[1])

1110 Antisemitismus an Schulen

1111 Antisemitismus ist an deutschen Schulen nicht erst seit den jüngsten Berliner
1112 Vorfällen ein gravierendes Problem. Bekannt ist es auch den Verantwortlichen -
1113 Schulleiter*innen, Schulämtern etc. - schon lange. Warum wird dann so lange
1114 trotzdem nichts unternommen? Oft besteht die Antwort auf diese Frage darin zu
1115 sagen, Schulen würden deshalb häufig so lange wegschauen, weil sie nicht
1116 stigmatisiert werden wollten.[2] Allerdings ist wegschauen und die Verantwortung
1117 von sich weisen kein Weg, Antisemitismus zu bekämpfen. Campusgrün fordert daher,
1118 dass Antisemitismus auch an Schulen endlich konsequent bekämpft wird. Dies ist
1119 nur durch einen deutlichen Ausbau von sensibilisierenden Aus- und Fortbildungen
1120 und mehr Zeit im Klassenzimmer und an Lernorten außerhalb der Schule möglich.
1121 Hierfür braucht es endlich vernünftige Betreuungsschlüssel, was bedeutet, dass
1122 deutlich mehr Geld in Schulen investiert werden muss.

1123 Grundlegende Verbesserungen in der Lehramtsausbildung

1124 Um Antisemitismus an Schulen wirklich bekämpfen zu können, muss allerdings auch
1125 die Lehramtsausbildung in diesem Bereich verbessert werden: "Die Forderung, daß
1126 Auschwitz nicht noch einmal sei, ist die allererste an Erziehung. Sie geht so

1127 sehr jeglicher anderen voran, daß ich weder glaube, sie begründen zu müssen noch
1128 zu sollen.”[3] Die bereits 1971 von Theodor W. Adorno formulierte Forderung
1129 tatsächlich umzusetzen, bedeutet auch, die Lehramtsausbildung grundlegend zu
1130 verbessern. Campusgrün fordert daher, dass die Geschichte des
1131 Nationalsozialismus und der Shoah ein wichtiger Bestandteil jeder
1132 Lehramtsausbildung sein sollte.

1133 Forschung und Lehre: weiterhin gravierende Lücken
1134 Leider bleiben diese Themen nicht nur in der Lehramtsausbildung (nahezu)
1135 vollkommen unbehandelt. Die Erforschung von Antisemitismus und eine
1136 Auseinandersetzung mit der Shoah haben in den meisten regulären
1137 Lehrveranstaltungen kaum einen Raum. Insbesondere eine Behandlung der
1138 Realgeschichte findet (fast) nie statt. Auch wenn die Förderungen von
1139 Forschungsvorhaben in diesen Bereichen in der jüngsten Vergangenheit bereits
1140 verbessert wurde, ist insbesondere die Situation von Forscher*innen nach der
1141 Promotion in diesem Bereich weiterhin äußerst prekär. [10] Campusgrün schließt
1142 sich daher der Forderung an, die Forschung in diesen Bereichen zu sichern, indem
1143 eine bessere Perspektive für Wissenschaftler*innen geschaffen wird. Darüber
1144 hinaus fehlt eine dauerhafte Beschäftigung mit Antisemitismus, welche diesen
1145 nicht nur als ein Ressentiment oder Relikt der Vergangenheit versteht, sondern
1146 diesen als ein Moment gegenwärtiger Vergesellschaftung erkennt. CampusGrün
1147 fordert daher die Einrichtung von diesem Thema gewidmeten Lehrstühlen.[4]

1148 Israel - “Why do Jews need a land of their own?”[5]
1149 Der moderne Antisemitismus richtet sich nicht selten insbesondere gegen den
1150 Staat Israel. Immer wieder wird von verschiedenen Seiten versucht, die Existenz
1151 des Staates Israel zu delegitimieren. Angefangen dabei, dass die Staatsgründung
1152 bereits “unrechtmäßig” gewesen sei, gefolgt von der Darstellung, Israel sei der
1153 autoritäre und rassistische Staat schlechthin, bis hin zu Behauptungen, welche
1154 Israel als einen “Apartheidstaat” verunglimpfen. Dabei ist gerade Israel die
1155 einzige noch funktionierende Demokratie im Nahen Osten. Völlig außer Acht
1156 gelassen wird von solchen selbsternannten “Kritiker*innen” ebenfalls, dass
1157 Israel der einzige Staat ist, dessen Existenz offen von Vernichtungsdrohungen
1158 real gefährdet ist.[6] Darüber hinaus wird auch die historische Situation und
1159 Prekarität der Lebensbedingungen von Jüd*innen nicht berücksichtigt. Jüd*innen
1160 werden seit Jahrhunderten weltweit verfolgt und als “Sündenbock” für die
1161 unterschiedlichsten gesellschaftlichen Probleme verantwortlich gemacht. Die
1162 millionenfache, industrielle Ermordung der Jüd*innen durch die Nazis in Europa
1163 und das lange Wegschauen der übrigen Staaten der sogenannten Weltgemeinschaft
1164 haben gezeigt, dass das Leben der Jüd*innen in keinem der existierenden Staaten
1165 gesichert ist. Umso verheerender ist es, dass Jüd*innen heute gerade dort am
1166 stärksten bedroht werden, wo sie sich am sichersten wähnten – in Israel. Wir als
1167 Bundesverband Campusgrün verurteilen daher insbesondere auch den auf Israel
1168 bezogenen Antisemitismus in jeglicher Form. Campusgrün versteht sich als
1169 solidarisch mit Israel, was bedeutet, dass dessen Recht auf Existenz und
1170 Selbstverteidigung außer Frage steht.

1171 Doppelstandards im Umgang mit Israel
1172 Wenn es um Israel geht, sind auch Doppelstandards oft auf der Tagesordnung. In
1173 vielen politischen, gesellschaftlichen und insbesondere medialen Kontexten wird
1174 der Staat Israel häufig anders beurteilt oder behandelt als andere Staaten. Wenn
1175 es um sozio-ökonomische Ungleichheit geht, wird Israel sogar als
1176 “Apartheidstaat” bezeichnet. Das Problem ist dabei nicht die Kritik, an

1177 einzelnen Amts-/Staatshandlungen, sondern die generalisierende Perspektive und
1178 die Beschränkung dieser Kritik auf den Staat Israel. Häufig wird auch die
1179 ökonomische bzw. soziale Ungleichheit von Personengruppen in Israel kritisiert
1180 (das Einkommen der israelischen Bevölkerung ist gleichmäßiger verteilt als das
1181 in Großbritannien, China und den USA[7]), ohne beispielsweise jemals die
1182 Situation von pakistanischen Gastarbeiter*innen in Dubai oder die von 190
1183 Millionen Kinder, welche weltweit in Staaten wie dem Sudan unter schlimmsten
1184 Bedingungen arbeiten müssen[8], öffentlich zu problematisieren.
1185 Auch in der medialen wie auch in der institutionellen Landschaft des
1186 öffentlichen Lebens, erfährt Israel "Sonderbehandlungen", die man nur als
1187 Doppelstandards begreifen kann. Während in der UN im Jahr 20 Resolutionen
1188 verabschiedet werden, die "Menschenrechtsverletzungen" in Israel rügen, wurde
1189 nur eine Resolution verabschiedet, welche Menschenrechtsverletzungen in
1190 Nordkorea rügt. Die WHO schafft es sogar Israel, als einzig namentlich genannten
1191 Land, in Berichten die Verletzung von Gesundheitsrechten vorzuwerfen. Israel ist
1192 darüber hinaus der einzige Staat in der UN, dem von anderen Mitgliedstaaten das
1193 Existenzrecht abgesprochen wird[9].

1194 Keine Zusammenarbeit mit BDS - sogenannten Antizionismus entlarven!
1195 Der ideologisch motivierte und auf die Delegitimierung Israels ausgerichtete
1196 Geschichtsrevisionismus und die Zusammenhangsverkürzungen der BDS-Bewegung sind
1197 als solche klar zu benennen und zu verurteilen. Jegliche Zusammenarbeit mit BDS
1198 ist daher abzulehnen. Grüne Hochschulgruppen unterstützen BDS nicht; weder in
1199 Form von Mitgliedschaften, noch dadurch, BDS-Funktionär*innen eine Bühne an
1200 Hochschulen zu bieten. Grüne Hochschulgruppen und ihre Mitglieder verweigern sich
1201 der politischen Zusammenarbeit mit Funktionär*innen und Aktivist*innen des BDS.
1202 Grüne Hochschulgruppen wirken auf die Verhinderung oder zumindest die kritische
1203 Begleitung BDS propagierender Veranstaltungen an Hochschulen hin. Dies gilt auch
1204 für BDS ideologisch nahestehende Veranstaltungen wie die "Israeli Apartheid
1205 Week" und Organisationen, die unter einem anderen Namen als "BDS" dieselben
1206 Ziele verfolgen, wie z.B. PACBI (Palestinian Campaign for the Academic and
1207 Cultural Boycott of Israel).

1208 Unsere Forderungen:

1209 Im Folgenden werden die im Antrag erhaltenen Forderungen noch einmal
1210 zusammengefasst.

- 1211 • Campusgrün fordert, dass Antisemitismus auch an Schulen endlich konsequent
1212 bekämpft wird. Dies ist nur durch einen Ausbau von sensibilisierenden Aus-
1213 und Fortbildungen und mehr Zeit im Klassenzimmer und an Lernorten
1214 außerhalb der Schule möglich. Hierfür braucht es endlich vernünftige
1215 Betreuungsschlüssel, was bedeutet, dass deutlich mehr Geld in Schulen
1216 investiert werden muss.
- 1217 • Campusgrün fordert, dass die Geschichte des Nationalsozialismus und der
1218 Shoah ein wichtiger Bestandteil jeder Lehramtsausbildung sein sollte.
- 1219 • Campusgrün fordert die Einrichtung von Lehrstühlen, die der Erforschung
1220 von Antisemitismus als Moment gegenwärtiger Vergesellschaftung gewidmet
1221 sind.
- 1222 • Campusgrün schließt sich der Forderung an, die Forschung in den Bereichen
1223 Erforschung von Antisemitismus und Geschichte des Nationalsozialismus und

- 1224 der Shoah zu sichern, u.a. indem eine bessere Perspektive für
1225 Wissenschaftler*innen geschaffen wird.
- 1226 • Grüne Hochschulgruppen unterstützen BDS nicht; weder in Form von
1227 Mitgliedschaften, noch dadurch, BDS-Funktionär*innen eine Bühne an
1228 Hochschulen zu bieten. Grüne Hochschulgruppen und ihre Mitglieder
1229 verweigern sich der politischen Zusammenarbeit mit Funktionär*innen und
1230 Aktivist*innen des BDS. Grüne Hochschulgruppen wirken auf die Verhinderung
1231 oder zumindest die kritische Begleitung BDS propagierender Veranstaltungen
1232 an Hochschulen hin.
- 1233 • Wir als Bundesverband Campusgrün verurteilen daher insbesondere auch den
1234 auf Israel bezogenen Antisemitismus in jeglicher Form. Campusgrün versteht
1235 sich als solidarisch mit Israel, was somit auch bedeutet, das dessen Recht
1236 auf Existenz und Selbstverteidigung außer Frage steht.
- 1237 _____
- 1238 [1] IHRA "Arbeitsdefinition Antisemitismus", ausführliche Definition unter:
1239 [https://european-forum-on-antisemitism.org/definition-of-antisemitism/deutsch-](https://european-forum-on-antisemitism.org/definition-of-antisemitism/deutsch-german)
1240 [german](https://european-forum-on-antisemitism.org/definition-of-antisemitism/deutsch-german)
- 1241 [2] [http://www.fr.de/politik/meinung/kolumnen/antisemitismus-politischer-](http://www.fr.de/politik/meinung/kolumnen/antisemitismus-politischer-kindergarten-a-1482193)
1242 [kindergarten-a-1482193](http://www.fr.de/politik/meinung/kolumnen/antisemitismus-politischer-kindergarten-a-1482193)
- 1243 [3] Adorno, Theodor W.: Erziehung zur Mündigkeit, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 1.
1244 Auflage 1971
- 1245 [4] Mehr dazu: <https://www.tagesspiegel.de/.../hochschulen-gra.../20954222.html>
- 1246 [5] [https://web.archive.org/web/20081231221421/http://www.sholom-](https://web.archive.org/web/20081231221421/http://www.sholom-aleichem.org/why_jews_need2.htm)
1247 [aleichem.org/why_jews_need2.htm](https://web.archive.org/web/20081231221421/http://www.sholom-aleichem.org/why_jews_need2.htm)
- 1248 [6] Mehr dazu:
1249 [https://ajcberlin.org/sites/default/files/downloads/ajcisraelundderarabischisrae-](https://ajcberlin.org/sites/default/files/downloads/ajcisraelundderarabischisraelischekonflikt.pdf)
1250 [lischekonflikt.pdf](https://ajcberlin.org/sites/default/files/downloads/ajcisraelundderarabischisraelischekonflikt.pdf)
- 1251 [7] http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?wai=true&dataset=ilc_di12
- 1252 [8] [https://www.planet-](https://www.planet-wissen.de/geschichte/menschenrechte/sklaverei/pwiemodernesklaverei100.html)
1253 [wissen.de/geschichte/menschenrechte/sklaverei/pwiemodernesklaverei100.html](https://www.planet-wissen.de/geschichte/menschenrechte/sklaverei/pwiemodernesklaverei100.html)
- 1254 [9] [https://ajcberlin.org/de/media/meinungen/schaendlich-10-faelle-denen-israel-](https://ajcberlin.org/de/media/meinungen/schaendlich-10-faelle-denen-israel-anders-behandelt-wird)
1255 [anders-behandelt-wird](https://ajcberlin.org/de/media/meinungen/schaendlich-10-faelle-denen-israel-anders-behandelt-wird)
- 1256 [10] Dies ist nicht nur in der Antisemitismusforschung der Fall, sondern auch in
1257 anderen Feldern der Wissenschaft, welche sich der kritischen Forschung
1258 verschrieben haben.
- 1259 [11] nicht jüdisch: z.B. können auch Personen mit israelischer
1260 Staatsbürgerschaft im Fall von antiisraelischem Antisemitismus betroffen sein.

Begründung

Begründung ist im Antrag enthalten und erfolgt noch einmal mündlich.

A2NEU3 Campusgrüne Visionen für supranationale Hochschulen (Angenommen)

Gremium: Bundesvorstand Campusgrün
Beschlussdatum: 01.05.2018
Tagesordnungspunkt: 7.7.3 Inhaltliche Anträge

1261 Nationalstaaten offenbaren sich immer mehr als ein Konstrukt der Vergangenheit,
1262 das vielen aktuellen und zukünftigen politischen, wirtschaftlichen und
1263 gesellschaftlichen Aufgaben nicht mehr gerecht wird. Für die heutigen global
1264 relevanten Probleme und Zukunftsfragen wie Klimakrise, Digitalisierung,
1265 demografischer Wandel, deregulierter globaler Finanzmarkt und mächtige
1266 internationale Großkonzerne bei gleichzeitig nationalistischen und illiberalen
1267 Backlashs braucht es auch im akademischen Betrieb eine Antwort über eine
1268 wertebasierte Forschung und Lehre u.a. auch auf europäischer Ebene. Es muss
1269 überlegt werden in welcher Form sinnvoll auf staatenübergreifender Ebene
1270 Wissenschaftsfreiheit, kritische Forschung und Ethik in der Wissenschaft und
1271 eine demokratische, emanzipatorische und nachhaltige Hochschullandschaft
1272 vorangetrieben werden kann. Möglicherweise können Hochschulen auf europäischer
1273 und perspektivisch auch auf globaler Ebene dazu führen, eine Wahrnehmung
1274 zwischenmenschlicher Gemeinschaft, die nicht auf Nationalitäten beruht, und
1275 strukturschwache Standorte zu fördern und zur Demokratie- und
1276 Rechtsstaatlichkeitsförderung beizutragen.

1277

1278 Folgende Aspekte sind dabei für Campusgrün für supranationale Hochschulen
1279 essentiell:

- 1280 • Hochschulen als Verbund aus unterschiedlichen Standorten
- 1281 • Wertebasierte emanzipatorische Forschung und Lehre, d.h. z.B. ohne
1282 Rüstungsforschung
- 1283 • Hochschulen mit demokratischer Mitbestimmung
- 1284 • Solidarische Finanzierung (z.B. aus dem EU-Haushalt)
- 1285 • Einbindung strukturschwacher Regionen für die Standorte
- 1286 • Zugangsfreie Hochschule, d.h. ohne Studiengebühren und diskriminierende
1287 Zulassungsverfahren, damit keine Eliten-Hochschulen entstehen
- 1288 • Nachhaltige Hochschulen in der Lehre, der Forschung und im Betrieb
- 1289 • Der Gleichstellung und Inklusion verpflichtet
- 1290 • Ermöglichung des Studierens an unterschiedlichen Standorten
- 1291 • Beinhaltung von Studienabschnitten, die sich mit supranationaler
1292 Geschichte, Kulturen und Politik befassen
- 1293 • Bedarfsgerechte Grundfinanzierung, d.h. keine „Leuchtturmfinanzierung“
- 1294 • Hochschulen ohne prekären Arbeitsbedingungen

Begründung

Erfolgt mündlich.

A3NEU International solidarisch: Schluss mit Austerität! (Angenommen)

Gremium: CampusGrün an der Uni Hamburg
Beschlussdatum: 17.05.2018
Tagesordnungspunkt: 7.7.3 Inhaltliche Anträge

1295 Eine andere Politik ist möglich und nötig! Um der wachsenden sozialen
1296 Ungleichheit und der damit einhergehenden Produktivitäts- und
1297 Investitionsschwäche progressiv zu begegnen, sind staatliche Investitionen in
1298 Soziales, Bildung, Kultur und Infrastruktur gesellschaftlich notwendig. Diese
1299 stehen aber im eklatanten Gegensatz zur Austeritätspolitik, die auf
1300 "Sparsamkeit" im Staatshaushalt setzt und in Form der "Schuldenbremse" ins
1301 Grundgesetz geschrieben wurde. Wir treten entschieden ein gegen diese
1302 demokratie- und zukunftsfeindliche Ideologie, die durch Privatisierungen
1303 öffentlichen Eigentums, Lohnverzicht, Steuererleichterungen für Großkonzerne,
1304 verstärkte Arbeitsmarkt-Konkurrenz und weitere Deregulierung der (Finanz-
1305)Wirtschaft gekennzeichnet ist. Stattdessen wollen wir einen
1306 wirtschaftspolitisch eingreifenden, für das Allgemeinwohl intervenierenden
1307 Sozialstaat erstreiten. Nur so wird eine demokratische Investitionspolitik
1308 möglich, die eine sozialökologische Transformation des aktuellen
1309 Wirtschaftssystems ermöglicht.
1310
1311 Insbesondere an Hochschulen ist der Investitionsstau offensichtlich. Sanierung
1312 von Gebäuden; Barrierefreiheit; Abschaffung prekärer Arbeit im Mittelbau bis hin
1313 zu unbezahlten Promovierendenstellen; interdisziplinäre Lehre oder die Erhaltung
1314 „kleiner“ Studiengänge - die Liste ließe sich beliebig fortsetzen: Vielfach
1315 scheitern selbst diese rudimentären Ansprüche an die Universität an der
1316 eklatanten Unterfinanzierung. Hinzu kommen die Privatisierung des
1317 Akkreditierungswesens und der inzwischen erhebliche Anteil von
1318 Drittmittelfinanzierung an den Hochschulhaushalten, welche das Grundrecht auf
1319 Freiheit der Bildung und Forschung stark einschränken. Eine grundlegende
1320 Ausfinanzierung aller Hochschulen ist gesellschaftlich notwendig - doch nur ohne
1321 die "Schuldenbremse" realisierbar. Denn diese suggeriert lediglich, dass die
1322 Begrenzung von staatlicher Verschuldung dem Allgemeinwohl diene. Tatsächlich
1323 bewirkt die "Schuldenbremse" vielmehr, dass allgegenwärtige Forderungen
1324 aus der Bevölkerung mit dem Verweis auf den vermeintlichen „Sachzwang“ der
1325 verbotenen Neuverschuldung erstickt werden. Weiterhin suggeriert die
1326 "Schuldenbremse", da sie allein monetäre Vermögensänderungen erfasst, dass es
1327 haushaltspolitisch sinnvoll sei, öffentliche Bauten, öffentliche Infrastruktur
1328 etc. verrotten, privatisieren oder erst gar nicht bauen zu lassen. Der Bau von
1329 Sozialwohnungen oder die Sanierung von maroden Hochschulgebäuden zum Beispiel
1330 führt tatsächlich dazu, dass staatliches Geldvermögen in staatliches
1331 Immobilienvermögen umgewandelt wird – die "Schuldenbremse" erfasst allerdings
1332 nur die Schulden. Umgekehrt führt beispielsweise die Privatisierung der
1333 Deutschen Bahn nur zu einer Transformation von Unternehmens- in Geldvermögen –
1334 laut "Schuldenbremse" wäre das aber ein Gewinn. Auf diese Weise redet die
1335 "Schuldenbremse" neoliberaler Privatisierungspolitik das Wort.
1336 Staatsverschuldung führt, entgegen den Behauptungen konservativer
1337 Politiker*innen, nicht zu Handlungsunfähigkeit des Staates. Das passiert
1338 entweder, wenn der Staat geldpolitisch nicht eigenständig ist (Griechenland hat

1339 z.B. keine eigene Zentralbank) und seine geldpolitischen Interessen bei der
1340 Institution, die für die Geldpolitik zuständig ist (im Falle Griechenlands
1341 während der Eurokrise: die EZB), nicht durchsetzen kann. Oder, wenn der Staat
1342 zwar seine Geldpolitik gestalten kann, die Währung aber kein Vertrauen in der
1343 Bevölkerung mehr genießt (also bei Hyperinflation, z. B. in Venezuela). Beide
1344 Schreckensszenarien sind in Deutschland aber äußerst unwahrscheinlich.

1345

1346 Die Souveränität, über die gesellschaftliche Entwicklung kollektiv bestimmen zu
1347 können, ist die Grundlage einer demokratischen Gesellschaft. Mit der
1348 „Schuldenbremse“ wird der Allgemeinheit dieses fundamentale Recht abgesprochen –
1349 nicht nur in Griechenland. Dass die Entscheidungshoheit über die Verwendung
1350 öffentlicher Mittel den demokratischen Institutionen entzogen ist, begünstigt
1351 „Politikverdrossenheit“, autoritären Ungeist und extremistische
1352 Konkurrenzideologie. Mit der Verwirklichung der Grund- und Menschenrechte und
1353 dem Grundgesetz hat diese Ideologie nichts zu tun. Vielmehr konserviert und
1354 steigert Austeritätspolitik soziale Ungleichheit und die aktuellen neoliberalen
1355 Verhältnisse. Die Abschaffung der "Schuldenbremse" ist daher eine
1356 Wiederherstellung von Demokratie und ein Schritt auf dem Weg hin zu einer
1357 solidarischeren Gesellschaft.

1358

1359

1360 Um Demokratie, Grund- und Menschenrechte zu realisieren, gilt es aus Sicht von
1361 CampusGrün, der Austeritätspolitik eine Absage zu erteilen und die
1362 Schuldenbremse aus dem Grundgesetz zu streichen. Da wir diese Möglichkeit
1363 gemeinsam mit anderen erstreiten wollen, tritt CampusGrün dem Bündnis
1364 „International solidarisch: Schluss mit Austerität!“ bei, das vom AStA der Uni
1365 Hamburg initiiert wurde. Schluss mit dem Kaputtsparen! Für sinnvolle
1366 Investitionen, für eine Ausfinanzierung der öffentlichen Infrastruktur und
1367 Daseinsfürsorge und für die Gestaltung progressiver gesellschaftlicher Umbrüche!

Begründung

Eine andere Politik ist möglich und nötig! Um der wachsenden sozialen Ungleichheit und der damit einhergehenden Produktivitäts- und Investitionsschwäche progressiv zu begegnen, sind staatliche Investitionen in Soziales, Bildung, Kultur und Infrastruktur gesellschaftlich notwendig. Diese stehen aber im eklatanten Gegensatz zur Austeritätspolitik, die auf "Sparsamkeit" im Staatshaushalt setzt und in Form der "Schuldenbremse" ins Grundgesetz geschrieben wurde. Wir treten entschieden ein gegen diese demokratie- und zukunftsfeindliche Ideologie, die durch Privatisierungen öffentlichen Eigentums, Lohnverzicht, Steuererleichterungen für Großkonzerne, verstärkte Arbeitsmarkt-Konkurrenz und weitere Deregulierung der (Finanz-)Wirtschaft gekennzeichnet ist. Stattdessen wollen wir einen wirtschaftspolitisch eingreifenden, für das Allgemeinwohl intervenierenden Sozialstaat erstreiten. Nur so wird eine demokratische Investitionspolitik möglich, die eine sozialökologische Transformation des aktuellen Wirtschaftssystems ermöglicht.

Insbesondere an Hochschulen ist der Investitionsstau offensichtlich. Sanierung von Gebäuden; Barrierefreiheit; Abschaffung prekärer Arbeit im Mittelbau bis hin zu unbezahlten Promovierendenstellen; interdisziplinäre Lehre oder die Erhaltung „kleiner“ Studiengänge - die Liste ließe sich beliebig fortsetzen: Vielfach scheitern selbst diese rudimentären Ansprüche an die Universität an der eklatanten Unterfinanzierung. Hinzu kommen die Privatisierung des Akkreditierungswesens und der inzwischen erhebliche Anteil von Drittmittelfinanzierung an den Hochschulhaushalten, welche das Grundrecht auf Freiheit der Bildung und Forschung stark

einschränken. Eine grundlegende Ausfinanzierung aller Hochschulen ist gesellschaftlich notwendig - doch nur ohne die "Schuldenbremse" realisierbar. Denn diese suggeriert lediglich, dass die Begrenzung von staatlicher Verschuldung dem Allgemeinwohl diene. Tatsächlich bewirkt die "Schuldenbremse" vielmehr, dass allgemeinwohlorientierte Forderungen aus der Bevölkerung mit dem Verweis auf den vermeintlichen „Sachzwang“ der verbotenen Neuverschuldung erstickt werden. Weiterhin suggeriert die "Schuldenbremse", da sie allein monetäre Vermögensänderungen erfasst, dass es haushaltspolitisch sinnvoll sei, öffentliche Bauten, öffentliche Infrastruktur etc. verrotten, privatisieren oder erst gar nicht bauen zu lassen. Der Bau von Sozialwohnungen oder die Sanierung von maroden Hochschulgebäuden zum Beispiel führt tatsächlich dazu, dass staatliches Geldvermögen in staatliches Immobilienvermögen umgewandelt wird – die "Schuldenbremse" erfasst allerdings nur die Schulden. Umgekehrt führt beispielsweise die Privatisierung der Deutschen Bahn nur zu einer Transformation von Unternehmens- in Geldvermögen – laut "Schuldenbremse" wäre das aber ein Gewinn. Auf diese Weise redet die "Schuldenbremse" neoliberaler Privatisierungspolitik das Wort. Staatsverschuldung führt, entgegen den Behauptungen konservativer Politiker*innen, nicht zu Handlungsunfähigkeit des Staates. Das passiert entweder, wenn der Staat geldpolitisch nicht eigenständig ist (Griechenland hat z.B. keine eigene Zentralbank) und seine geldpolitischen Interessen bei der Institution, die für die Geldpolitik zuständig ist (im Falle Griechenlands während der Eurokrise: die EZB), nicht durchsetzen kann. Oder, wenn der Staat zwar seine Geldpolitik gestalten kann, die Währung aber kein Vertrauen in der Bevölkerung mehr genießt (also bei Hyperinflation, z. B. in Venezuela). Beide Schreckensszenarien sind in Deutschland aber äußerst unwahrscheinlich.

Die Souveränität, über die gesellschaftliche Entwicklung kollektiv bestimmen zu können, ist die Grundlage einer demokratischen Gesellschaft. Mit der „Schuldenbremse“ wird der Allgemeinheit dieses fundamentale Recht abgesprochen – nicht nur in Griechenland. Dass die Entscheidungshoheit über die Verwendung öffentlicher Mittel den demokratischen Institutionen entzogen ist, begünstigt „Politikverdrossenheit“, autoritären Ungeist und extremistische Konkurrenzideologie. Mit der Verwirklichung der Grund- und Menschenrechte und dem Grundgesetz hat diese Ideologie nichts zu tun. Vielmehr konserviert und steigert Austeritätspolitik soziale Ungleichheit und die aktuellen neoliberalen Verhältnisse. Die Abschaffung der "Schuldenbremse" ist daher eine Wiederherstellung von Demokratie und ein Schritt auf dem Weg hin zu einer solidarischeren Gesellschaft.

Anhang:

Hamburger Manifest gegen Austerität des Bündnisses „International solidarisch: Schluss mit Austerität!“

Die Schuldenbremse abschaffen: Sozialer Fortschritt in globaler Solidarität!

Ein politischer Kurswechsel ist notwendig. Erhebliche staatliche Investitionen und Ausgaben für öffentliche Aufgaben wie Soziales, Bildung, Wissenschaft, Kultur und Infrastruktur sind dringend erforderlich. Sie können sofort durchgesetzt werden: Die vorhandenen Steuer(mehr)einnahmen sind entsprechend zu verwenden und die Steueransprüche gegenüber den Reichen und Superreichen müssen konsequent eingetrieben werden, und: dem politischen Gebot der „Schuldenbremse“ ist eine Absage zu erteilen. Sie ist ein Verbot staatlicher Kreditaufnahme und somit eine harte Absage an die öffentliche Gestaltungsmöglichkeit. Sie gilt hierzulande für den Bund seit 2016, für die Bundesländer ab 2020. De facto ist die Schuldenbremse eine weltweite Fortschrittsbremse. Darum gehört sie abgeschafft!

Die Schöpfer*Innen des Reichtums sind wir

Die Produktivität der menschlichen Arbeit ist bereits heute so groß, dass bspw. die weltweite jährliche Landwirtschaftsproduktion ausreichte, um 12,5 Milliarden Menschen gut ernähren zu können. Jedoch besitzt das reichste Prozent mehr Vermögenswerte als die restlichen 99 Prozent der Menschheit zusammen. In der BRD verfügen derzeit 1.100 Familien über ein Drittel des Bruttoinlandsproduktes (=

1,07 Billionen Euro); die ärmere Hälfte der Bevölkerung besitzt gerade mal ein Prozent des Vermögens. Das gesellschaftliche Leben, sinnvolle Arbeit und Kultur könnten überall prosperieren. Aber der tagtäglich durch die Arbeit und das vielfältige soziale und kulturelle Engagement der Vielen erarbeitete materielle und geistige Reichtum dient immer weniger der Wohlfahrt und Entfaltung der ganzen Gesellschaft. Er verkommt zu obszönen Profiten und gesellschaftlicher Macht in den Händen Weniger. Ein wesentlicher Grund dafür ist eine Politik, die die permanente Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von Unten nach Oben alltäglich organisiert. Dieser zynische Prozess raubt Menschen überall auf der Welt Lebens- und Entwicklungsmöglichkeiten. Dieses Verhältnis zu konservieren war und ist der politische Zweck der Schuldenbremse. Sie kann und muss daher abgeschafft werden: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ (Art. 1 GG) Verbesserung braucht soziale Bewegung!

Schluss mit dem „Ende der Geschichte“: Eine bessere Welt ist möglich!

Menschenwürdige Lebensverhältnisse zu schaffen ist unsere gemeinsame Angelegenheit! Ein würdiges Leben für Jeden frei von Krieg, Armut und Hunger, gebührenfreie Bildung und gesellschaftliche Teilhabe für Alle, sinnvolle Arbeit in sozialer Sicherheit, eine Gesundheitsvorsorge und medizinische Versorgung, die nicht Profitzwecken untergeordnet ist, günstiger und komfortabler Wohnraum für Alle, öffentliche Theater und Museen als lebendige Kulturstätten, souveräne Wissenschaften für das Gemeinwohl, menschenzugewandte Verwaltungen und soziale Dienste, nachhaltige Mobilität, Energie- und Wasserversorgung für alle – dies ist weltweit längst möglich. Es ist kein Gnadenbrot, sondern eine Notwendigkeit für die ganze Menschheit.

Warum Austerität? – eine Einschränkung mit System

Als in der „Weltfinanzkrise“ 2008 mit staatlichen Mitteln in großem Maßstab international Banken „gerettet“ wurden, hat alle Welt gesehen: Geld ist genug da! Die Politik von Lohnverzicht, Privatisierung öffentlichen Eigentums, der Deregulierung der (Finanz-)Wirtschaft, Steuererleichterungen für die Großkonzerne und verstärkter Arbeitsmarkt- Konkurrenz („Flexibilisierung“) entpuppten sich als das, was sie schon immer war: die schnöde Plünderung der Mehrheit zugunsten der Steigerung von Profiten und Bankenglück. Das propagierte Vertrauen in die „Selbstregulierung der Märkte“, den großen „Gesamtwohlmehrer“ Privatwirtschaft und den höheren Sinn des „Gürtel-enger-Schnallens“ verlor schlagartig jede Legitimationsgrundlage. Weltweit treten seither immer mehr Menschen für eine solidarische Entwicklungswende und das sozial und kulturell menschenwürdige Leben für Alle ein. Gegen diese positive Möglichkeit wird herrschenderseits die Mär vom „Ende der Geschichte“ zu retten versucht: Die systematische Entmündigung der Bevölkerung und die „Entsagungspolitik“ (Austerität) wurde dafür zum Verfassungsgebot erhoben – hierzulande: die „Schuldenbremse“. Sie basiert ideologisch auf einem System von Lügen, mit dem über das Hier und Jetzt hinausgehende soziale Ansprüche als gemeinwohlschädlich verunglimpft werden sollen. Eine dynamische Kultivierung des gesellschaftlichen Lebens ist hingegen dringend geboten und möglich. Der Wahrheit die Ehre!

Soziale Wohlfahrt brauchen Alle

Wir stellen klar:

1. Staatsverschuldung ist nicht das Problem. Seit jeher ist es so gewesen, dass die Entwicklung des Allgemeinwohls ein höheres Produktivitätsniveau bedeutet. Die zum Anschlag notwendig aufzubringenden Mittel werden doppelt und dreifach wieder erwirtschaftet. Der Staat ist zudem wirtschafts-, finanz- und geldpolitisch souverän, kann

seine steuerlichen Einnahmen erhöhen und bei Bedarf (und steigender Produktivität) die Geldmenge steigern, sich also selbst finanzieren.

1. Staatsschulden sind nur dann ein Problem, wenn man die Macht der Banken, die bei hoher Kreditlast den Staat erpressen könnten, akzeptiert. Dagegen gilt: Die politische Souveränität des Staates über das Bankenwesen kann wiederhergestellt werden. Deregulierung der Finanzwirtschaft ist eine umkehrbare politische Fehlentscheidung gewesen. Auch Banken sind dem Grundgesetz und dem Allgemeinwohl verpflichtet. Auf Gewinne haben sie keinen Rechtsanspruch. Wenn sie den Staat bzw. das Allgemeinwohl gefährden, können sie enteignet werden (Art. 15 GG).
1. Die aktuell hohe Staatsverschuldung ist nicht einem überbordenden Sozialstaat geschuldet, sondern vor allem der Bankenrettung, den immensen Steuererleichterungen für Kapitaleigner in den letzten 20 Jahren und einem geschleiften Sozialstaat. Höhere Löhne, Investitionen in Bildung, Kultur, öffentliche soziale Infrastruktur und Sozialprogramme wie bspw. eine sanktionsfreie, einträgliche Grundsicherung (statt Hartz IV) und eine würdige Mindestrente für Alle bedeuten gleichzeitig produktivitätssteigernde Innovation, direktes Wachstum, gesteigerte Binnenkaufkraft und somit exponentiell ansteigende staatliche Steuereinnahmen – und zudem eine erhebliche Entspannung der zwischenstaatlichen Beziehungen. Sie sind also nicht nur menschlich geboten und Verpflichtung des Staates (Art. 20 GG) sondern auch volkswirtschaftlich sinnvoll.
1. Eine aufgeklärte Bevölkerung weiß am besten darüber Bescheid, was gut für sie ist – nicht irgendwelche Technokraten, die zwischen Profiten und Allgemeinwohl nicht zu unterscheiden wissen oder gewillt sind und die mit Sozialkürzungspolitik das Fundament gesellschaftlicher Entwicklung untergraben.

Die Kultivierung höherer Ansprüche ist elementar für die Demokratie

Die Souveränität, über die gesellschaftliche Entwicklung kollektiv bestimmen zu können, ist die Grundlage einer demokratischen Gesellschaft. Mit der „Schuldenbremse“ wird der Allgemeinheit dieses fundamentale Recht abgesprochen – nicht nur in Griechenland. Solange die Entscheidungshoheit über die Verwendung öffentlicher Mittel den demokratischen Institutionen entzogen ist, begünstigt das „Politikverdrossenheit“, autoritären Ungeist und extremistische Konkurrenzideologie. Mit der Verwirklichung der Grund- und Menschenrechte und dem Grundgesetz hat diese Politik nichts zu tun. Die Abschaffung der Schuldenbremse ist eine Wiederherstellung von Demokratie. Diese bedarf kritischer, aufgeklärter, kultivierender, anspruchsvoller, solidarisch denkender und kooperativ verantwortlich engagierter Menschen. Nehmen wir die Geschichte in unsere Hand!

Verbesserungen brauchen Beginner*Innen!

Wir, Hamburgerinnen und Hamburger aus aller Welt, erklären daher: Eine bessere Welt ist möglich! Im Bewusstsein der internationalen Bedeutung unserer Stadt und ihrer Geschichte, unserer Arbeit, unseres Engagements und unserer Kämpfe, die diese Stadt sozial prosperieren lassen, treten wir hier und heute für eine erfreuliche Zukunft für Alle ein. Im Wissen um das verwandte Engagement von Menschen in aller Welt, mit denen wir in Solidarität verbunden sind, fordern wir die Hamburgische Bürgerschaft auf:

► die Steuer(mehr)einnahmen umgehend für öffentliche Investitionen im Allgemeininteresse zu verwenden, die Steuern bei den Reichen konsequent einzutreiben, für die Erhöhung der Kapitalsteuern zu wirken und für diese Maßnahmen und Vorhaben mit Bündnispartner z.B. bei den Gewerkschaften zu kooperieren sowie sich mit anderen RegierungsvertreterInnen überregional und international zu verständigen,

- ▶ sämtliche Regelungen zur Schuldenbremse und Schuldenstopp aus der Hamburgischen Landesverfassung zu streichen,
- ▶ die gesetzliche Begrenzung der öffentlichen Ausgaben auf 0,88 % jährlich sofort aufzuheben, damit das Parlament die öffentlichen Ausgaben für Soziales, Gesundheit, Bildung, Wissenschaft, Kultur, und Infrastruktur bedarfsgerecht erhöhen kann.
- ▶ eine bundesweite Initiative für eine Wiederherstellung des Grundgesetzes ohne Schuldenbremse anzustoßen Unsere Freunde in der Welt, in Europa, in anderen Bundesländern und Kommunen rufen wir auf, es uns gleich zu tun! Kämpft mit uns für die Streichung der Schuldenbremse aus dem Grundgesetz und allen europäischen Verträgen. Beenden wir die Austerität, für ein besseres Leben in Frieden, Würde und Wohlfühlentwicklung, jetzt!

EIL-A4 Antifaschismus muss links sein! (Angenommen mit Änderungsanträgen)

Antragsteller*in: Felix Steins

Tagesordnungspunkt: 7.7.3 Inhaltliche Anträge

1368 Mit dem Erstarken rechter Kräfte, das wir überall auf der Welt, insbesondere
1369 auch in Deutschland, beobachten müssen, ist die Relevanz antifaschistischen
1370 Engagements für große Teile der gesellschaftlichen Linken wieder deutlich
1371 geworden. Erfreulicherweise beteiligen sich immer mehr Menschen an verschiedenen
1372 Engagements, insbesondere zum Beispiel Demos, gegen Rechts.

1373 Es ist allerdings zu einfach, dabei einfach nur damit zu mobilisieren, dass man
1374 die Rechten als amoralische Arschlöcher bezeichnet. Das dient nicht unbedingt
1375 einer erfolgreichen Bekämpfung der Rechtsentwicklung, sondern wesentlich dem,
1376 dass sich alle Beteiligten moralisch besser fühlen können, indem sie sich als
1377 Gegenpol, zu einer als amoralisch bezeichneten politischen Haltung, profilieren
1378 können.

1379 Dadurch entfallen essentielle Faktoren für erfolgreichen Antifaschismus:

1380 Niemand wird als Faschist*in geboren, sondern von seiner*ihrer Sozialisation und
1381 den gesellschaftlichen Verhältnissen, insbesondere der sozialen Lage sowie
1382 rechten und rassistischen Kontinuitäten in der Gesellschaft, dazu gemacht. Diese
1383 Verhältnisse sind veränderbar - Antifaschismus heißt für uns daher auch, "alle
1384 Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes,
1385 ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist."

1386 Der Gegenpol zu „politisch Rechts“ ist nicht einfach „nicht Rechts“, sondern
1387 explizit links zu verorten. Mit der Suggestion, dass es ausreichen würde, „nicht
1388 rechts“ zu sein, wird erstens die Definition der (zurzeit bürgerlichen)
1389 Mehrheitsgesellschaft, was denn „rechts“ genau ist, akzeptiert – was zu Zeiten
1390 neoliberaler Hegemonie dazu führt, dass ausgerechnet der Neoliberalismus gegen
1391 den Vorwurf, rechts zu sein, immun wird. Dabei gibt es wesentliche Schnittmengen
1392 zwischen Neoliberalismus und offen rechter Ideologie. Zum Beispiel betrachtet
1393 der Neoliberalismus extreme ökonomische Ungleichheit als normal oder sogar als
1394 gerecht – der Schritt zu einer Befürwortung von Ungleichheit zwischen Menschen
1395 verschiedener Nationen, verschiedener Ethnien, verschiedener Geschlechter,
1396 sexueller Orientierungen etc., wie es Rechte propagieren, ist dann nicht mehr
1397 weit. Die wirklich antifaschistische Gegenposition muss links sein – das
1398 Gleichheitsideal widerspricht sowohl der neoliberalen Normalisierung wie auch
1399 der offen rechten Propagierung von Ungleichheit. Ein weiteres prägnantes
1400 Beispiel für die ideologische Nähe ist die Konkurrenz, die der Neoliberalismus
1401 zu einem sinnvollen Prinzip gesellschaftlichen Zusammenlebens erklärt. Dass
1402 persönliches Glück getrennt vom Glück der Mitmenschen realisierbar sei und man
1403 dafür Karriere machen müsse, führt zu der Behauptung, dass man sich gegen andere
1404 durchsetzen müsse, um das eigene Glück zu mehren. Angewandt auf scheinbar
1405 homogene Gruppen wie Nationen oder Ethnien, bedeutet dieses Prinzip den Kampf
1406 der Nationen und Ethnien gegeneinander – was an sich schon rechts ist; noch
1407 konsequenter angewandt bedeutet das den puren, rechtsextremen Sozialdarwinismus.
1408 Positiv davon abgrenzen kann sich wiederum nur das linke Ideal, dass eine
1409 Orientierung am Allgemeinwohl fordert und den Menschen als gesellschaftliches,

1410 solidarisches Wesen erkennt, dass nicht auf Kosten, sondern mit anderen das
1411 eigene Glück mehren kann.

1412 Ein Teil des Erstarkens rechter Kräfte kann dadurch erklärt werden, dass der
1413 Neoliberalismus die Natur des Menschen als gesellschaftliches Wesen unterdrückt
1414 und stattdessen die Vereinzelung und den Wettbewerb zwischeneinander propagiert.
1415 Das führt bei vielen Menschen zu einem Gefühl der Entwurzelung, des Verlusts
1416 gesellschaftlichen Miteinanders und der Einsamkeit. Und dies ist nicht nur ein
1417 Gefühl. Tatsächlich wird ja das Sozialsystem zusammengeschrumpft, Infrastruktur
1418 wird abgebaut und so eine bewusste Segregation vorangetrieben. Daran kann die
1419 Rechte anknüpfen, indem sie ein neues gesellschaftliches Miteinander im Rahmen
1420 eines nationalen Kollektivs verspricht, das sich wesentlich durch Abgrenzung
1421 gegenüber anderen definiert. Wenn Antifaschismus als reine moralische
1422 Abgrenzungshaltung und gesellschaftliche Ausgrenzung verstanden wird, entstehen
1423 einfach nur zwei Lager, die sich beide wesentlich durch die Ausgrenzung des
1424 jeweiligen Gegenübers definieren. Linker Antifaschismus muss es stattdessen
1425 schaffen, eine Brücke des gesellschaftlichen Miteinanders zu bauen, die der
1426 neoliberalen Vereinzelung einen progressiven Gegenentwurf gegenüberstellt und
1427 damit anschlussfähig ist an Menschen, für die die neoliberale Vereinzelung
1428 Entwurzelung und Einsamkeit bedeutet. Dieser Gegenentwurf muss die Utopie einer
1429 solidarischen Gesellschaft sein und das konkrete Handeln muss Solidarität
1430 heißen!

1431 CampusGrün beschließt,

- 1432 1. konsequent explizit linken Antifaschismus zu vertreten.
- 1433 2. In seiner Öffentlichkeitsarbeit darauf zu achten, dass Antifaschismus
1434 nicht die bloße Verteidigung des (neoliberalen) Status' Quo ist, sondern
1435 immer kämpferisch in Richtung einer besseren Gesellschaft streiten muss.
1436 Das wird deutlich, indem die GRÜNE JUGEND ihr Mitwirken an der
1437 Verbesserung der gesellschaftlichen Verhältnisse und insbesondere der
1438 Beantwortung der sozialen Frage deutlich macht - und ihren solidarischen
1439 Gegenentwurf zum neoliberalen Status Quo propagiert und praktiziert.
- 1440 3. In seiner Öffentlichkeitsarbeit darauf zu achten, dass die
1441 gesellschaftliche Linke wieder den Diskurs bestimmen muss - was man nicht
1442 dadurch erreicht, ständig die Diskursverschiebung der Rechten zu
1443 skandalisieren (und dadurch zu akzeptieren). Sondern dadurch, die
1444 Behauptung der Rechten, DIE gesellschaftliche Alternative zu sein, durch
1445 widerständige, linke Praxis widerlegt - und die soziale Frage, die
1446 ökologische Frage immer wieder in den Vordergrund stellt.
- 1447 4. In antifaschistischen Demobündnissen, Zusammenschlüssen und sonstigen
1448 politischen Kontexten daraufhin zu wirken, dass sich die Erkenntnis aus 2.
1449 und 3. durchsetzt und demensprechend kommuniziert wird. Das heißt NICHT,
1450 die Spaltung von eher liberalen Antifaschist*innen zu betreiben, aber
1451 diesen muss sehr wohl vor Augen geführt werden, dass der neoliberale
1452 Status Quo nicht mehr tragfähig ist und sie sich langfristig zwischen der
1453 Dystopie der Rechten und einer linken, solidarischen Alternative
1454 entscheiden müssen.

Begründung

s.Antrag

Unterstützer*innen

René Bloch (Offene Grüne Hochschulgruppe Oldenburg)

EIL-A5 Gegen jeden Neoliberalismus! (Zurückgezogen)

Antragsteller*in: Felix Steins

Tagesordnungspunkt: 7.7.3 Inhaltliche Anträge

1455 Spätestens seit der Finanzkrise, in der das Scheitern des politischen
1456 Marktradikalismus deutlich wie nie zuvor geworden ist, kann sich kein
1457 ernsthafter Politiker mehr politisch als „neoliberal“ outen. In weiten Teilen
1458 der gesellschaftlichen Linken grenzt man sich gerne vom Neoliberalismus ab,
1459 selbst äußerst bürgerliche Reformisten wie Cem Özdemir [1] tun dies. Dass der
1460 Begriff verbrannt ist, hat aber noch längst nicht dazu geführt, dass die
1461 jahrzehntelang vorherrschende neoliberale Politik wieder abgewickelt wurde. So
1462 sind zum Beispiel die Hartz-Gesetze nach wie vor in Kraft, die Vermögenssteuer
1463 immer noch nicht wiedereingeführt, die Universitäten werden immer mehr zu
1464 Unternehmen zur Produktion von „Humankapital“ und die Vermögenskonzentration
1465 nimmt immer weiter zu.

1466 Das Problem besteht sehr wesentlich darin, dass es der gesellschaftlichen Linken
1467 nicht gelungen ist, über die formelle Abgrenzung vom Label „neoliberal“
1468 hinauszukommen – die entscheidenden Begriffsverdrehungen, Mythen und
1469 Assoziationen, mit der die Ideologie des Neoliberalismus den politischen Diskurs
1470 geprägt hat und weiterhin prägt, stehen nach wie vor fast unwidersprochen im
1471 Raum.

1472 Einige Beispiele seien an dieser Stelle erwähnt:

1473 Der Mythos vom Antagonismus zwischen wirtschaftlichem Wachstum und
1474 Vollbeschäftigung einerseits und Sozialem, Umverteilung und guten Löhnen
1475 andererseits:

1476 Der Neoliberalismus behauptet, niedrige Löhne und wenig Umverteilung (zB in Form
1477 von Unternehmensbesteuerung) würden zu niedriger Arbeitslosigkeit und gutem
1478 wirtschaftlichem Wachstum führen. Das ist jedoch falsch. Das wesentliche Hemmnis
1479 für Wachstum ist in entwickelten Volkswirtschaften nicht die Tatsache, dass
1480 Unternehmen zu wenig Geld hätten, um investieren, Forschen und Leute einstellen
1481 zu können – sondern, dass sie das nur dann auch tun werden, wenn die damit
1482 verbundene Ausweitung der Produktion sich auch lohnt. Und das wiederum ist nur
1483 dann gegeben, wenn die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, die hauptsächlich von
1484 den Masseneinkommen abhängt, ausreichend wächst. Höhere Löhne und mehr
1485 Umverteilung führen also in Wahrheit zu weniger Arbeitslosigkeit, mehr Wachstum
1486 und mehr technologischem Fortschritt (allerdings weniger Reichtum für Reiche).

1487 Der Mythos, das Sparen gut und Schulden böse seien:

1488 Der Neoliberalismus verallgemeinert die Beobachtung, dass Sparsamkeit für
1489 einzelne Privathaushalte langfristig ökonomischen Wohlstand bedeutet, auf
1490 gesamte Volkswirtschaften (Analogie der „schwäbischen Hausfrau“). Erstens können
1491 Volkswirtschaften nicht als ganze sparen, Vermögen und Schulden summieren sich
1492 immer zu null. Zweitens: Wenn Unternehmen sich verschulden, um zu investieren,
1493 wenn Privathaushalte sich verschulden, um zu konsumieren oder wenn Staaten
1494 Schulden aufnehmen, um zu investieren oder sozial umzuverteilen, nützt dies der
1495 wirtschaftlichen Entwicklung. Die einzige Möglichkeit, als Volkswirtschaft mehr

1496 zu sparen als auszugeben, ist, wenn das Ausland sich verschuldet – das kann
1497 allerdings, im Hinblick auf Eurokrise und Arbeitslosigkeit in den
1498 südeuropäischen Staaten, keine Lösung.

1499 Konkurrenzideologie; Glorifizierung des Wettbewerbs; „There is no such thing as
1500 society“

1501 Der Neoliberalismus propagiert, dass die Prinzipien, nach denen der Wettbewerb
1502 zwischen Unternehmen im Kapitalismus funktioniert, also Profitstreben, Effizienz
1503 und Egoismus, ebenfalls sinnvoll Prinzipien für die gesellschaftlichen
1504 Verhältnisse zwischen Menschen und Gruppen von Menschen bis hin zu Staaten sei.
1505 Damit wird der Vereinzelung von Menschen, dem Niedrigsteuerwettbewerb zwischen
1506 Staaten, der „marktkonformen Demokratie“, der Inkaufnahme bestehender
1507 Ungleichheit, der Ökonomisierung aller Lebensbereiche und der Behauptung, in der
1508 Politik ginge es um die Durchsetzung von Einzelinteressen, das Wort geredet.
1509 Jede linke Organisation oder überhaupt die Überzeugung davon, dass es ein
1510 Allgemeininteresse gibt, wird dadurch infrage gestellt. In Wahrheit ist der
1511 Mensch ein gesellschaftliches Wesen, und auch unser Wohlstand wird nicht durch
1512 Individuen, die sich konkurrenzhaft gegen andere durchzusetzen geschaffen,
1513 sondern durch gesellschaftlich organisierte Arbeitsteilung.

1514 Leistungsträgerideologie

1515 Der Neoliberalismus propagiert, dass individueller Wohlstand die Folge von
1516 besonderer Leistungsbereitschaft und umgekehrt Armut die Folge von „Faulheit“
1517 sei. Damit wird verschleiert, dass der Kapitalismus, insbesondere in seiner
1518 derzeitigen Form, extrem ungleiche Voraussetzungen für Menschen bedeutet
1519 (insbesondere zum Beispiel Erbschaften) – und außerdem, dass der Kapitalismus
1520 nicht nur ein ökonomisches, sondern ein Herrschaftsverhältnis ist. Damit wird
1521 die extreme Ungleichheit, die der Kapitalismus produziert, als gerecht
1522 vermarktet und außerdem jede Maxime für die individuelle Lebensführung, die
1523 nicht das Streben nach ökonomischem Reichtum ist, als „Faulheit“ diffamiert,
1524 insbesondere zum Beispiel (linkes) politisches Engagement. Aber auch die
1525 Bestrebung einiger Teile der gesellschaftlichen Linken, „Chancengleichheit“ zu
1526 realisieren, ist letztlich eine Annahme und keine Verwerfung der
1527 Leistungsideologie – behauptet sie doch, dass alles gerecht sei, wenn nur alle
1528 benachteiligten Menschen empowert würden, bis sie die gleichen
1529 Startvoraussetzungen haben (wann immer das im Kapitalismus sein soll), nur damit
1530 sie danach wieder die Ellenbogen gegeneinander ausfahren können.

1531 Fazit:

1532 Es wird deutlich: Der Neoliberalismus war als Ideologie extrem erfolgreich.
1533 Viele Begriffe, Argumentationen und Konzepte, die in der politischen Debatte
1534 verwendet werden, sind neoliberal geprägt und verfestigen falsche Vorstellungen
1535 über gesellschaftliche Realitäten. Solange diese Mythen nicht
1536 gesamtgesellschaftlich verworfen werden, ist es schwer bis unmöglich, den
1537 gesellschaftlichen Diskurs wieder echt nach links zu verschieben – und nicht
1538 zuletzt dadurch erst wieder wirkungsvoll handlungsfähig gegen den aktuellen
1539 Erfolg von Rechten zu werden.

1540 CampusGrün beschließt,

- 1541 1. der neoliberalen Ideologie entschieden den Kampf anzusagen.
- 1542 2. die Verwendung neoliberaler Konzepte und Begriffe in ihrem Sprachgebrauch
1543 zu vermeiden beziehungsweise kritisch-distanziert als Ideologie kenntlich
1544 zu machen. Dazu gehören die Gleichsetzung von „gut/schlecht für die
1545 Wirtschaft“ und „gut/schlecht für die Unternehmen“; die „schwäbische
1546 Hausfrau“; die Behauptung, man könne „über seine Verhältnisse leben“; die
1547 Behauptung, bei Lohnerhöhungen würde Arbeitslosigkeit entstehen; die
1548 moralische Einteilung in „gut/schlecht“ für Sparsamkeit und Verschuldung;
1549 dass Staaten nicht mehr ausgeben könnten, als sie einnehmen; die
1550 Glorifizierung der Exportabhängigkeit (und damit des Niedriglohnssektors)
1551 Deutschlands; den Euphemismus des „Wettbewerbs“, wenn es nicht explizit um
1552 den Wettbewerb zwischen Unternehmen geht; dass Vollbeschäftigung unmöglich
1553 sei; dass sich die Produktivität kaum noch entwickelt, weil alle Menschen
1554 gesättigt seien vom Wohlstand; dass Arbeitslose und andere Prekarisierte
1555 sich einfach nur mehr anstrengen müssten; dass ökonomischer Erfolg als
1556 „Leistung“ verklärt wird; die „Chancengerechtigkeit“; dass „der Markt“
1557 grundsätzlich effizient sei und alles deshalb möglichst marktlich zu
1558 organisieren sei; der Euphemismus „Freihandel“; die Normalisierung aller
1559 Selektion, die ökonomisch begründet wird (zum Beispiel Numerus Clausus
1560 etc); der Begriff „Humankapital“; des „wenn jeder an sich denkt, ist an
1561 alle gedacht“; die Behauptung, der Kapitalismus sei ein rein ökonomisches
1562 und kein politisch-gesellschaftliches (Macht)Verhältnis; dass Politik der
1563 Kampf um die Durchsetzung von Partikularinteressen sei; die
1564 Naturalisierung und damit Inkaufnahme von Ungleichheit; dass jeder „an
1565 sich arbeiten“ müsse, um sich gegen andere durchzusetzen; die Verwendung
1566 ökonomischer Begriffe in nicht-ökonomischen Kontexten; die Behauptung,
1567 dass Menschen grundsätzlich egoistisch seien; dass Menschen sich an
1568 Standards, die „der Arbeitsmarkt“ setzt, anpassen müssten; und
1569 grundsätzlich alle weiteren Ideologiefragmente, die der Neoliberalismus in
1570 seiner schier unendlichen Kreativität im Alltagsverständnis vieler Menschen
1571 platziert hat.
- 1572 3. grundsätzlich alle, insbesondere die in 2. benannten, neoliberalen
1573 Konzepte und Begriffe, mit denen sie im politischen Diskurs konfrontiert
1574 ist, als solche zu benennen, über die dahinterliegenden Mythen aufklärt
1575 und scharf als Ungleichheitsideologie verurteilt.
- 1576 4. sich dem mit der neoliberalen Ideologie einhergehenden Sozialabbau, der
1577 fortschreitenden Privatisierung und Ökonomisierung der Daseinsvorsorge (zB
1578 Bildung, Pflege, Wohnen) entgegen zu stellen und für materielle
1579 Verbesserungen zu kämpfen.

1580 [1]: <https://www.youtube.com/watch?v=uOzW7jI5xio> ab 0:20 bis 0:40

Begründung

s.Antrag

Unterstützer*innen

René Bloch (Offene Grüne Hochschulgruppe Oldenburg)

EIL-A6NEU4 We want you(r): Wohnraum! (Angenommen)

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 03.06.2018
Tagesordnungspunkt: 7.7.3 Inhaltliche Anträge

1581 Die allgemeine Erklärung der Menschenrechte sieht im Artikel 25 – „Recht auf
1582 einen angemessenen Lebensstandard“ für jeden Menschen das Recht auf eine Wohnung
1583 vor. Wir fordern, dass dieses Recht ernst genommen wird und jeder Mensch
1584 lebenswerten Wohnraum zur Verfügung hat. In den meisten Städten in Deutschland
1585 ist das Thema Wohnen jedoch zu einer existentiellen Frage geworden. Personen mit
1586 niedrigen und mittleren Einkommen leiden darunter, dazu gehören meistens auch
1587 Studierende. Neben finanziellen Einschränkungen spielen oft soziale Merkmale
1588 eine Rolle, aufgrund dessen bestimmte Personengruppen bei der Wohnungssuche
1589 benachteiligt werden. Im studentischen Milieus sind dies oftmals ausländische
1590 Studierende, die während der Wohnungssuche diskriminiert werden. Neben einer
1591 Erhöhung, Ausweitung und Anpassung der BAföG-Leistungen an lokale Gegebenheiten
1592 fordert Campusgrün weitere Verschärfungen und Etablierung von Instrumenten, um
1593 die Verteuerung von Wohnraum und den Wohnungsmangel zu bekämpfen, damit Wohnraum
1594 wieder mehr an die Wohnbedürfnisse von Menschen auszurichten (2). Zusätzlich zu
1595 dem Beschluss „Wohnungsnot bekämpfen – Günstigen Wohnraum schaffen!“ aus dem
1596 Jahr 2013 sieht Campusgrün folgenden Handlungsbedarf:

1597 1. Verschärfung der Mietpreisbremse

1598 Die momentane Form der Mietpreisbremse hat sich überwiegend als wirkungslos und
1599 ineffektiv erwiesen: Sie greift nicht konsequent genug und nur in bestimmten
1600 Regionen, Wiedervermietungsrenten liegen oftmals weiterhin über der
1601 festgesetzten Obergrenze und Verstöße können nicht konsequent verfolgt und
1602 geahndet werden. Daher fordert Campusgrün folgende Aspekte zur Verbesserung der
1603 Mietpreisbremse:

- 1604 • Berechnung der Mietspiegel ändern: Anzahl der vorangegangenen Jahre
1605 erhöhen, die für die Abbildung der Mietentwicklung in den Mietspiegeln
1606 ausschlaggebend sind
- 1607 • Schonzeitraum verlängern, in dem keine Mietsteigerungen möglich sind und
1608 gleichzeitig Erhöhungsmöglichkeiten verringern
- 1609 • Umlegung von Modernisierungskosten begrenzen, indem darauffolgende
1610 Mieterhöhungen nur im Rahmen ortsüblicher Vergleichsmieten erfolgen dürfen
- 1611 • Verstöße als Ordnungswidrigkeit ahnden und den Zeitraum für Rückzahlungen
1612 auf den Beginn des Mietverhältnisses erweitern
- 1613 • Auskunftspflichten über Errechnung der Miete von Vermieter*innen gegenüber
1614 Mieter*innen einführen

1615 2. Schluss mit Spekulationen – ökologisches, nachhaltiges und sozial-
1616 verträgliches Bauen statt leeren Wohnflächen!

1617 Neben steigender Mieten stellt auch fehlender Wohnraum ein Problem dar: Das
1618 Angebot kommt der Nachfrage in den Städten nicht hinterher. Für eine Trendwende
1619 ist es ausschlaggebend, dass sich Leerstand und Nichtbebauung nicht mehr lohnen,
1620 damit potentielle Wohnflächen nicht als Spekulationsobjekte missbraucht werden.
1621 Dort, wo nur noch wenig Fläche zur Verfügung steht, können Nachverdichtungen
1622 Umwidmungen von leerstehenden Gewerbeflächen und experimentelle Wohnformen als
1623 Nutzung urbaner Nischen auch auf ökologische und nachhaltige Weise
1624 Wohnraumangel entgegenwirken. Es müssen Regelungen für Neubauten,
1625 Nachverdichtungen und Sanierungen geschaffen werden, die darauf hinwirken, dass
1626 der zur Verfügung stehenden Raum ökologisch, energiebewusst und
1627 bedarfsorientiert genutzt wird und Nichtbebauung von Flächen sowie Leerstand von
1628 Gebäuden sanktioniert. Campusgrün fordert daher:

- 1629 • Baulandsteuer bei der Nichtbebauung von Wohnflächen einführen, zusätzlich
1630 zu der bereits von Campusgrün geforderten Steuer auf Leerstand
- 1631 • Stufentarife bei der Grunderwerbssteuer einführen
- 1632 • Reformierung der Grundsteuer hin zur Bodenwertsteuer
- 1633 • Nachverdichtungen wie Dachaufstockungen an ökologisch sinnvollen Orten
1634 steuerlich begünstigen
- 1635 • Gesetzliche Regelungen zur Verringerung des Flächenbedarfs, die zur
1636 Schaffung der notwendigen Wohneinheiten führen
- 1637 • Schaffung von Räumen und Abbau von Hürden für Wohnprojekte, experimentelle
1638 Wohnkonzepte und forschendes Wohnen

1639 3. Förderung bezahlbaren Wohnens

1640 Neben einer verschärften Mietpreisbremse und der Unterbindung von
1641 Immobilienspekulationen benötigt es vor allem auch sozialen Wohnungsbau und
1642 Wohnungsbau im Sektor der niedrigen Mieten, um den Bedarf an bezahlbarem
1643 Wohnraum für alle zu decken. Personen mit niedrigem Einkommen sind häufig auf
1644 sozialen Wohnungsbau angewiesen. Studierende sind zusätzlich noch auf
1645 ausreichende und mit Bafög bezahlbare Wohnraumplätze, sowie auf eine angemessene
1646 BAföG-Wohnraumpauschale angewiesen, beides ist momentan nicht gegeben. Daher
1647 fordert Campusgrün:

- 1648 • Förderung des sozialen Wohnungsbaus ausweiten, für eine ausreichende
1649 Finanzierung über den Bund ist hier eine Grundgesetzänderung notwendig
- 1650 • Förderung von experimentellen und forschenden Wohnkonzepten die den
1651 Flächenbedarf unserer aktuellen Wohngewohnheiten überdenken
- 1652 • Investitionszuschüsse bei der Bereitstellung (Umbau, Neubau) von Wohnungen
1653 im Sektor der niedrigen Mieten und zu Wohnungsbaugenossenschaften
- 1654 • Zusätzliche Bezuschussung der Sanierung und des Neubaus von
1655 Wohnheimplätzen über den Bund
- 1656 • Orientierung der BAföG-Wohnraumpauschale an lokalen Mietspiegeln

1657 Deshalb unterstützen wir die Aktionen des Protestbündnis Lernfarbiken... meutern!
1658 und anderen potenziellen Mitstreiter*innen zu Beginn des neuen Semesters, die
1659 sich neben der bedarfsgerechten Finanzierung der Hochschulen, unsere Forderungen
1660 für eine funktionierende Mietpreibremse und ein eltern-, alters- und
1661 semesterunabhängiges bedarfsdeckendes BAföG stark machen.

1662

1663 4. Gemeinsamer Kampf für bezahlbaren Wohnraum – Solidarität mit Hausbesetzungen

1664 Die aktuellen Hausbesetzungen in Berlin machen noch einmal verstärkt auf die
1665 problematische Situation des Wohnungsmarkts - nicht nur in Berlin - aufmerksam.
1666 Die Mieten steigen trotz gesetzlicher Mietpreibremse immer weiter an.
1667 Campusgrün schließt sich daher der Solidaritätserklärung der GRÜNEN JUGEND an:
1668 Der politische Skandal sind nicht die Hausbesetzungen, sondern die immer weiter
1669 steigenden - kaum noch bezahlbaren – Mieten (1).

1670 (1)[https://www.neues-deutschland.de/artikel/1089113.kampf-gegen-mietenwahnsinn-
1671 gruene-streiten-ueber-hausbesetzungen.html](https://www.neues-deutschland.de/artikel/1089113.kampf-gegen-mietenwahnsinn-gruene-streiten-ueber-hausbesetzungen.html)

1672 (2)<http://www.campusgruen.de/themen/beschluesse/10511312.html>

G1 Mitgliedsantrag der CampusGrünen Kiel

Antragsteller*in: Helene Wahl (CampusGrüne Kiel)
Tagesordnungspunkt: 3. Aufnahme neuer Gruppen

911 Hiermit beantragen wir auf der nächsten Mitgliederversammlung, als
912 Mitgliedsgruppe von Campusgrün - Das Bündnis grün-alternativer Hochschulgruppen
913 aufgenommen zu werden.

914 Wir akzeptieren die Satzung von Campusgrün und bekennen uns zu sozialer
915 Gerechtigkeit, den Menschenrechten, zum Gleichgewicht zwischen Mensch und Natur,
916 zur Gewaltfreiheit und zur Gleichberechtigung.

Unterstützer*innen

Magdalena Kirnbauer (CampusGrüne Kiel)

G2 Mitgliedsantrag campusgrün Leipzig

Gremium: campusgrün Leipzig
Beschlussdatum: 19.03.2018
Tagesordnungspunkt: 3. Aufnahme neuer Gruppen

917 Hiermit beantragen wir, campusgrün Leipzig, auf der nächsten
918 Mitgliederversammlung, als Mitgliedsgruppe von Campusgrün - Das Bündnis grün-
919 alternativer Hochschulgruppen
920 aufgenommen zu werden.

921 Wir akzeptieren die Satzung von Campusgrün und bekennen uns zu sozialer
922 Gerechtigkeit, den Menschenrechten, zum Gleichgewicht zwischen Mensch und Natur,
923 zur Gewaltfreiheit und zur Gleichberechtigung.

G3 Mitgliedsantrag Grüne Hochschulgruppe Uni Ulm

Gremium: Grüne Hochschulgruppe Uni Ulm
Beschlussdatum: 01.06.2018
Tagesordnungspunkt: 3. Aufnahme neuer Gruppen

- 924 Hiermit beantragen wir, die Grüne Hochschulgruppe Uni Ulm, auf der nächsten
925 Mitgliederversammlung als Mitgliedsgruppe von Campusgrün - Das Bündnis grün-
926 alternativer Hochschulgruppen aufgenommen zu werden.
- 927 Wir akzeptieren die Satzung von Campusgrün und bekennen uns zu sozialer
928 Gerechtigkeit, den Menschenrechten, zum Gleichgewicht zwischen Mensch und Natur,
929 zur Gewaltfreiheit und zur Gleichberechtigung.

GÄA1 § 1 Geschäftsordnungsanträge erweitern (Angenommen)

Gremium: Bundesvorstand Campusgrün
Beschlussdatum: 01.05.2018
Tagesordnungspunkt: 7.7.2 Ordnungsändernde Anträge

1049 Unter § 1 Geschäftsordnungsanträge soll folgendes geändert werden (der
1050 unterstrichene Text soll entfernt und der fette Text hinzugefügt werden):

1051 (2) Anträge zur Geschäftsordnung sind:

- 1052 • Antrag auf Schluss der Redeliste,
- 1053 • Antrag auf weitere Rede- und Debattenbeiträge,
- 1054 • Antrag auf sofortiges Ende der Debatte,
- 1055 • Antrag auf sofortige Abstimmung,
- 1056 • Antrag auf Vertagung,
- 1057 • Antrag auf Redezeitbegrenzung,
- 1058 • Antrag auf Unterbrechung der Sitzung,
- 1059 • Antrag auf Ablösung der Sitzungsleitung,
- 1060 • Antrag auf eine Frauenversammlung,
- 1061 • Antrag auf eine Queer-Versammlung
- 1062 • Antrag auf Nichtbefassung eines Antrages,
- 1063 • Antrag auf Feststellung der Beschlussfähigkeit,
- 1064 • Antrag auf Aussetzung des Tagesordnungspunktes,
- 1065 • Antrag auf Verlängerung des Sitzungstages um maximal eine Stunde nach § 8
1066 dieser Ordnung,
- 1067 • Antrag auf Änderung der Tagesordnung nach § 2 dieser Ordnung
- 1068 • Antrag auf Neuauszählung einer Abstimmung
- 1069 • Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit nach § 9 dieser Ordnung
- 1070 • Antrag auf sofortiges Ende des Sitzungstages
- 1071 • Antrag auf geheime Abstimmung nach § 5 (7) dieser Ordnung
- 1072 • weitere sich aus der Satzung oder den Ergänzungsordnungen ergebende
1073 Anträge zum Ablauf der Sitzung

Begründung

Erfolgt mündlich.

GÄA2 § 5 Anträge, Beschlüsse und Abstimmungen: Antragsfrist in der Geschäftsordnung verkürzen (Angenommen)

Gremium: Bundesvorstand Campusgrün
Beschlussdatum: 01.05.2018
Tagesordnungspunkt: 7.7.2 Ordnungsändernde Anträge

¹⁰⁷⁴ Unter § 5 Anträge, Beschlüsse und Abstimmungen soll folgendes geändert werden

¹⁰⁷⁵ (der unterstrichene Text soll entfernt und der fette Text hinzugefügt werden):

¹⁰⁷⁶ (1) Anträge, die später als vier zwei Wochen vor Beginn der

¹⁰⁷⁷ Mitgliederversammlung eingebracht werden, können nur noch als

¹⁰⁷⁸ Dringlichkeitsanträge behandelt werden und bedürfen zu einer Behandlung einer

¹⁰⁷⁹ 2/3 Mehrheit der Mitgliederversammlung.

Begründung

Erfolgt mündlich.

P1 Protokoll der 36. Bundesmitgliederversammlung in Landau vom 10. bis zum 12 November
2017

Gremium: Bundesvorstand Campusgrün

Beschlussdatum: 29.05.2018

Tagesordnungspunkt: 2.2.6 Beschluss des Protokolls der 36. Bundesmitgliederversammlung

30 36. Campusgrün Bundesmitgliederversammlung in Landau/Pfalz

31 Datum: Samstag, 12. November 2017, 10:00 Uhr bis 13.11. Sonntag 16:00 Uhr

32

33 Redeleitung: Hannah Trippner (CampusGrün Landau), Moritz Meister (CampusGrün
34 Lüneburg), Christina Lemke (CampusGrün Landau), Robin Luge (GRAS Wernigerode)

35

36 Protokoll: Robert Langmach (GHG Stendal), Christian Lagod (CampusGrün Hamburg)

37

38 Abstimmungsergebnisse werden in der Form (Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/Enthaltungen)
39 angegeben. Bei Abstimmungsergebnissen mit dem Vermerk „M“ wurden nur die
40 Mehrheitsverhältnisse festgestellt.

41 Beginn Protokoll:

42

43 1. Begrüßung

44

45 Madelaine (Campusgrün Bundesvorstand) begrüßt die Anwesenden.

46 Danny (Campusgrün Landau) erklärt Organisatorisches.

47

48 Miriam und Dennis erklären die Bedeutung und Aufgaben des Awareness-Teams.

49 Awareness-Team: Miriam, Dennis.

50 Conny beginnt mit einer Vorstellungsrunde.

51

52 2. Formalia

53

54 2.1 Wahl des Präsidiums

55

56 Es wird um Vorschläge für die Wahl des Präsidiums gebeten. Es werden
57 vorgeschlagen:

58 Hannah (CampusGrün Landau), Moritz (CampusGrün Lüneburg), Christina (CampusGrün
59 Landau), Robin (GRAS Wernigerode).

60 Es wird vorgeschlagen, dass alle 4 Interessierten als Präsidium fungieren, damit
61 sich diese auch abwechseln können.

62 Es wird vorgeschlagen, dass die Interessierten geheim und en bloc gewählt
63 werden. Beide Vorschläge werden angenommen.

64 Der Wahlgang wird durchgeführt und das Präsidium wird einstimmig gewählt.

65

66 Wahl en bloc, einstimmig gewählt (geheime Wahl).

67

68 2.2 Wahl der Protokollant*innen

69

70 Wie beim Präsidium wird um Vorschläge zum Protokoll der Sitzung gebeten.

71

72 Protokollant*innen: Robert (Stendal), Christian (CampusGrün Hamburg).

73 Die Vorgeschlagenen werden im gleichem Verfahren wie beim Präsidium einstimmig
74 gewählt.

75 2.3 Beschluss der Tagesordnung

76

77 Thorge und das Präsidium stellen die vorgesehene Tagesordnung vor und fragen, ob
78 es Änderungswünsche gibt. Es wird darauf hingewiesen, dass auch während der
79 Sitzung noch Änderungen möglich sind.

80 Vorgeschlagene TO:

81 1. Begrüßung

82 2. Formalia

83 1. Wahl der Redeleitung

84 2. Wahl der Protokollant*innen

85 3. Beschluss der Tagesordnung

86 4. Beschluss der Geschäftsordnung

87 5. Feststellung der Beschlussfähigkeit und Anwesenheit

88 6. Beschluss des Protokolls der 35. Bundesmitgliederversammlung

89 3. Anträge

90 1. Satzungsändernde Anträge

91 2. ordnungsändernde Anträge

92 3. inhaltliche Anträge

93 4. Berichte

94 1. Berichte aus den Gruppen

95 2. Berichte aus den Landesverbänden

96 3. Bericht der Bundesgeschäftsstelle

97 4. Bericht des Campusgrün Bildungswerk e.V.

98 5. Bericht des Bundesvorstands

99 6. Aussprache

100 5. Entlastung Bundesvorstand

101 6. Wahlen Bundesvorstand

102 1. 2*Sprecher*innen

103 2. Politische*r Geschäftsführer*in

104 3. Bundesschatzmeister*in

- 105 4. 4*Projektkoordinator*innen
106 5. 3*Bildungswerk-Vorstand (aus dem BuVo, BuVo schlägt vor)
107 6. Delegierte*r von Campusgrün in das Kuratorium des DSW
108 7. 2*Delegierte von Campusgrün in die BAG Wissenschaft, Hochschule, Technik von
109 B90/Grüne
110 8. 2*Rechnungsprüfer*innen
111 7. Haushalt 2017/18
112 8. Aufnahme neuer Landesverbände
113 9. Aufnahme neuer Gruppen
114 10. Termine
115 11. Sonstiges
116 Die Tagesordnung wird (25:0:0) einstimmig angenommen.
117
118 2.4 Beschluss der Geschäftsordnung
119
120 Die Geschäftsordnung wird mit (25:0:0) einstimmig angenommen.
121
122 2.5 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Anwesenheit
123
124 Die Mitgliederversammlung ist mit 16 Mitgliedsgruppen (18 Gruppen insgesamt) und
125 26 Delegierten beschlussfähig. Es wurde fristgerecht eingeladen. Anwesend sind:
126
127 Marburg: Madelaine Stahl, Dennis Sturzenegger
128 Hamburg: Armin Günther, Svenja Horn, Christian Lagod, Miriam Block
129 Wuppertal: Dennis Pirdzuns
130 Stendal: Lena Gieseke, Robin Ebbrecht, Robert Langmach
131 Freiburg: Mira Kopp, Lars Kaudel
132 Landau: Sebastian Olbrich, Hannah Trippner, Driton Rizvanaj, Merle Köster,
133 Kathrin Seeger, Emily Braum, Linda Galm, Lea Köhler, Max Ramge, Jana Plößler,
134 Kim Neumann, Lukas Petschko, Pascal Aloiso, Christina Lemke, Selena Schmidt,
135 Danny Behrendt, Karoline Heintz
136 Mainz: Alicia Resch, Julian Kappl
137 Halle/Saale: Hermann Weber
138 Oldenburg: Lenny Lörthemann, Katharina Humbert, Pierre Monteye, David Dohmann,
139 Moritz Zeising
140 Oldenburg: René Bloch, Jonas Claußen
141 Tübingen: Felix Schmitz
142 Darmstadt: Annika Schmütz, Leo Jarolimek, Andreas Ewald
143 Frankfurt/Main: Conny Erhard, Ben Seel
144 Bochum: Franziska Pennekamp, Lennart Brinkmann
145 Osnabrück: Thorge Babbe
146 Lüneburg: Moritz Meister, Charlotte Wiesner
147 Wernigerode: Robin Luge, Laura Tischler
148 Köln: Pascal Klons
149

150 2.6 Beschluss des Protokolls der 35. Bundesmitgliederversammlung

151

152 Das Protokoll der 35. Bundesmitgliederversammlung ist mit (15:8:0) angenommen.

153 Mit der Nebenbedingung, dass die Anträge mit Titeln ergänzt werden.

154

155 3. Anträge

156

157 3.1 Satzungsändernde Anträge

158

159 Es liegen keine Anträge vor.

160

161 GO-Antrag von Madelaine für ein Frauenplenum. Es findet ein Frauenplenum statt
162 (10:50 Uhr).

163 Unterbrechung 10:43 Uhr

164 Fortsetzung: 12:24 Uhr

165

166 Conny trägt die Ergebnisse aus dem Frauenplenum vor:

167 • Es wird auf die Quotierung der Ämter hingewiesen.

168 • Als problematisch wird erachtet, dass bisher vor allem viele Frauen in der
169 Küche geholfen haben.

170 • Frage ans offene Plenum: Was wurde dort besprochen? - Antwort: Was ist ein
171 Frauenplenum und wofür? Was für Aufgaben gibt es im BuVo?

172 Bundesvorstand stellt einen Antrag auf die Ergänzung der Tagesordnung zu dem
173 Punkt "7.8 - 2x Rechnungsprüfer*innen".

174 Abstimmung: (24:0:0) einstimmig angenommen.

175

176 Danny erklärt Organisatorisches zur Mittagspause.

177

178 Unterbrechung wegen Mittagspause: 12:30 Uhr

179 Fortsetzung: 14:12 Uhr

180 Es wird vorgeschlagen, dass auch Sebastian bei der Protokollierung hilft. Es
181 gibt keine Gegenrede aus dem Plenum und er wird als dritter Protokollant
182 hinzugefügt.

183 3.2 Geschäftsordnungsändernde Anträge

184

185 Es liegen keine Anträge vor.

186

187 3.3 Inhaltliche Anträge

188

189 Antrag A1 "Für eine umfassende BAföG-Reform" (Antragssteller: Bundesvorstand)
190 Von den Antragssteller*innen wurde Ä1.5 übernommen.

191

192 Robin stellt einen GO-Antrag auf fünf Minuten Unterbrechung, dieser wird mit
193 13:5:8 angenommen

194 Unterbrechung der Sitzung: 14:20 Uhr

195 Fortsetzung der Sitzung: 14:26 Uhr

196

197 Andreas stellt für den Bundesvorstand den Antrag und die Hintergründe vor.

198

199 Aus dem Plenum gibt es einzelne Fragen zur Finanzierung der Ausweitung und den
200 gestellten Änderungsanträgen.

201 Das Präsidium fragt in einem Meinungsbild ab, ob über den Antrag allein und dann
202 Änderungsanträge oder Antrag und Änderungsanträge gemeinsam diskutiert werden
203 soll. Es wird sich dafür ausgesprochen, die Änderungsanträge nacheinander zu
204 besprechen.

205 Ä.1.1 Jan Rick

206

207 Ä.1.2 GHG Halle/Saale (beschlossen am: 07.11.2017) wird zu Ä.1.7:

208 Ergänzung: Kinder aus Elternhäusern mit geringem Einkommen werden durch Schulden
209 extrem belastet.

210 Ergänzung von Ä.1.2 wird auf Antragsgrün vorgenommen

211

212 Abstimmung: (6:8:10)

213 Der Änderungsantrag ist nicht angenommen.

214

215 Ä.1.3 Svenja (Hamburg):

216 Armin (CampusGrün Uni Hamburg) stellt den Antrag vor.

217

218 Es geht um die Frage:

219 Konkurrenz vs. solidarische Finanzierungsform

220

221 Andreas (CampusGrün Darmstadt)

222 Es wäre formal schöner, wenn es eigenen Antrag gegen Schuldenbremse gäbe.

223 Vorteil: Es wäre klar für andere und nicht versteckt in diesem Antrag.

224

225 Svenja (Hamburg): Ja, aber wir finden es sinnvoll, in diesem Antrag ebenfalls
226 darauf hinzuweisen.

227

228 Hermann (Halle/Saale)

229 Das eine schließt das andere nicht aus.

230

231 Lennart (Bochum):

232 Frage: Wie verhindert die Schuldenbremse Steuererhöhungen?

233

234 Abstimmung: (20:2:2) Der Änderungsantrag ist angenommen.

235

236 Svenja Horn: Ä.1.4 wird zu Ä.1.8:

237 Svenja stellt den Änderungsantrag vor. Schlussfolgerung: 1.3 mit nur "mehr

238 BAföG" reicht nicht, wenig Wohnraum gehört auch dazu, bedarfsgerechte

239 Finanzierung für alle Studierenden ebenfalls.

240

241 Armin schlägt, dass bei der nächsten BMV was zur Schuldenbremse gemacht werden

242 sollte, das Thema sollte dort angesprochen werden.

243 Mythen sollen damit bekämpft werden, z.B. Schulden versus Schuldenbremse.

244

245 Christina (CampusGrün Landau)

246 Aspekt der Schuldenbremse sollte rausgenommen werden.

247

248 Lennart (Bochum)

249 Europäisches BAföG gehört doch weiter nach oben.

250

251 Armin schreibt einen Änderung zum Antrag: Enden mit Novelle des HSG. Wird auf
252 Antragsgrün überarbeitet und wird zur nächstmöglichen Zeit abgestimmt.

253

254 Hermann (Halle) ist fertig mit NeuÄnderungsantrag 1.7

255 Selbstdeckelung der BAföG-Schulden in Höhe von 10.000 Euro stellt für
256 Studierende eine große Hürde dar.

257

258 Abstimmung:(20:0:6)

259 Der Änderungsantrag ist angenommen.

260

261 Ä1.8 Armin und Svenja (CampusGrün Hamburg)

262 Armin stellt den Änderungsantrag vor.

263 Bafögnovelle und Finanzierung, die Studierendenwerke kommen nicht mehr vor.

264

265 Abstimmung (19:1:4)

266 Der Änderungsantrag ist angenommen.

267

268 BuVo-Antrag mit Änderungen: 23

269 Globalalternative: 0

270 Enthaltung: 0

271

272 Gesamtantrag: (24:0:0)

273 Der Antrag ist vorbehaltlich redaktioneller Änderungen (A1neu2) ist einstimmig
274 angenommen.

275

276 Antrag A2 "Gegen den Aufwind der Rechtsextremen - FÜR EINE PROGRESSIVE,
277 SCHLAGKRÄFTIGE POLITIK" (Antragssteller: Bundsvorstand)

278

279 Conny stellt den Antrag für den Bundsvorstand vor: Campusgrün hat
280 allgemeinpolitische Verantwortung gegenüber Rechtsextremismus. Konzentration auf
281 Gedankengut an den Hochschulen aber auch allgemein.

282

283 Charlotte stellt einen GO-Antrag auf drei Minuten Lesepause. Keine Gegenrede.

284 GO-Antrag angenommen.

285 Unterbrechung: 15:20 Uhr

286 Fortsetzung: 15:23 Uhr

287

288 Die Änderungsanträge (2.1, 2.5) werden von den Antragssteller*innen übernommen.

289

290 Allgemeine Debatte

291

292 Ä.2.2 GHG Halle S. (beschlossen am: 07.11.2017)

293 Hermann stellt den Antrag vor.

294 Debatte.

295

296 Abstimmung: (22:1:2)

- 297 Der Änderungsantrag ist angenommen.
298
299 Ä.2.3 Felix Steins (CG Uni Hamburg) → übernommen
300 Ä.2.4 Svenja Horn → übernommen
301 Ä.2.5 Ben Seel (GHG FFM) → übernommen
302
303 Anträge 2.3 und 2.4 übernommen aber getauscht.
304
305 Gesamtantrag (A2neu)
306 Abstimmung: (25:0:0)
307 Der Antrag ist einstimmig angenommen.
308
309 Antrag A3 "Gender Studies unter Druck - nicht nur von Rechts" (Antragssteller:
310 Bundesvorstand)
311
312 Conny stellt für den BuVo den Antrag vor. Es folgt eine Debatte zum Antrag und
313 der aktuellen Situation der Gender Studies.
314
315 Abstimmung: (22:0:0)
316 Der Antrag vorbehaltlich redaktioneller Änderungen ist angenommen.
317
318 Antrag A4 "Grundsatzposition: Verhältnis Ökologie und Wirtschaftssystem"
319 (Antragssteller: Campusgrün Hamburg)
320
320 Armin stellt den GO-Antrag, den Antrag A4 nach der Pause zu diskutieren. Keine
321 Gegenrede. Damit ist der Antrag angenommen.
322 Unterbrechung Kaffeepause: 15:49 Uhr
323 Fortsetzung: 16:33 Uhr
324
325 ***** Einschub: Der fzs-Vorstand stellt sich und den freien Zusammenschluss von
326 studentInnenschaften (fzs) vor und hält ein Grußwort. *****
327
328 Svenja stellt den Antrag vor: Studie stellt neue Grenzlinien des Planeten fest,
329 die zur Erhaltung der Lebensgrundlagen nicht überschritten werden dürfen. Es
330 werden Arten ausgerottet. Diesen ökologischen Kollaps müssen wir verhindern.
331
332 Debatte
333 Miriam: Bundesvorstand unterstützt den Antrag. Begründung steht im Antragstext –
334 Ansporn, sich als Gruppe damit auseinanderzusetzen.
335
336 Linda GO-Antrag auf fünf Minuten Pause. Formale Gegenrede.
337 Abstimmung: (8:6:9) angenommen
338
339 Unterbrechung: 16:58 Uhr
340 Fortsetzung: 17.05 Uhr
341
342 Änderungsantrag 1:
343 Ben: In langer Frist könnte es für das Klima- und Ökosystem zu spät sein.
344 Zeile 792 statt "langfristig" "mittelfristig"
345
346 Von den Antragssteller*innen wird die Änderung übernommen.

347 Abstimmung: (19:0:3) Der Antrag wird vorbehaltlich redaktioneller Änderungen
348 einstimmig angenommen.

349

350 Antrag von Pascal (BuVo) auf Änderung der Tagesordnung mit folgenden Änderungen:

351 • Bericht des BuVo

352 • Aussprache über den Bericht

353 • Entlastung des BuVo

354 • Pause / Abendessen

355 • Wahlen des BuVo

356 Rest soll auf morgen verschoben werden.

357

358 Abstimmung: (20:0:5)

359 Die Änderung ist angenommen.

360

361 4.5 Bericht des BuVo (vorgezogen)

362 Miriam GO-Antrag auf drei Pause zum Umbau. Keine Gegenrede. Antrag angenommen.

363

364 Unterbrechung: 17:18 Uhr

365 Weiter: 17:22 Uhr

366

367 Der Bundesvorstand stellt seine Arbeit aus dem letztem Jahr vor. (s. PowerPoint-
368 Präsentation in der Mitgliedercloud).

369 Nachfragen/Aussprache

370

371 Christian:

372 Newsletter gut, offene TK zeitlich ungünstig gewesen, alle 2 Jahre Tausch mit
373 der GRAS Österreich bzw. insgesamt mehr Austausch

374

375 Dennis (Wuppertal) findet Arbeit insgesamt sehr gut, vor allem in Sachen
376 Sichtbarkeit, Austausch mit GRAS war super, Infrastruktur ist vorhanden und gut,
377 Newsletter lese ich nicht, TK ist toll.

378

379 Ben lobt die bessere Struktur im BuVo, dass so viele Personen zur MV gekommen
380 sind und hofft, dass es wieder mehr Arbeit in den Landesgruppen gibt.

381 Dennis (Wuppertal): Empowerment sollte in Angriff genommen werden

382

383 Moritz M.: Findet offene TKs gut. Sind die Newsletter immer offen?

384 Antwort Madelaine: immer offen, werden alle 1,5 Monate geschrieben; schwierig
385 mit Gruppenweiterleitung für Gruppen mit moderierten Mailinglisten.

386 Miriam stellt die Frage ins Plenum: Was hat meine Arbeit lokal mit dem BuVo zu
387 tun? Welche Wünsche habt ihr? Was ist für euch vor Ort relevant?

388

389 5. Entlastung

390 Thorge Babbe als gewählter Rechnungsprüfer berichtet von seiner Tätigkeit. Er
391 konnte Überprüfung für 2017 nicht machen, da die Ordner nicht mit nach Landau
392 gekommen sind. Für 2016 (Oktober, November, Dezember) sind die Belege in
393 Ordnung. Die Kassenprüfung für das vergangene Jahr muss für die restlichen
394 Monate nachgeholt werden. Er schlägt vor, dies auf der
395 Bundesmitgliederversammlung in Stendal nachzuholen. Er sieht allerdings
396 keinerlei Probleme.

397 Rechnungsprüfung wird verschoben auf die 37. BMV in Stendal.

398
399 ***** Einschub *****

400 Dennis (Wuppertal) stellt GO-Antrag für vorgezogenen Bericht aus Bochum, da
401 diese bald abreisen müssen. (keine Gegenrede; damit angenommen):

402 Bericht aus der Mitgliedsgruppe Bochum:

403 Chaos in Bochum in der HoPo.

404 Die GHG in der Opposition seit 5 Jahren gegenüber "unpolitischen" Juso-AStA,
405 sehr inaktiver AStA und es wurden 350.000 Euro an Rücklagen verbrannt. Es gibt
406 Schwierigkeiten im Wahlausschuss. Es kann sein, dass die Bekanntgabe der Wahl
407 nicht ordnungsgemäß war.

408 Es wird demnächst eine Veranstaltung zu ‚Ende Gelände‘ geben.

409 Es gibt einen Generationenumbruch, da drei Viertel der Leute die Gruppe
410 verlassen werden.

411 Durch schwarz-gelbe Koalition wieder Probleme mit Studiengebühren, Anwesenheit
412 wird diskutiert

413

414 Unterbrechung Abendbrot: 18:15 Uhr

415 Fortsetzung: 19.03 Uhr

416

417 6. Wahl eines neuen Bundesvorstandes:

418 Für die Wahlkommission werden Kim, René, Robin und Kathrin vorgeschlagen.

419 Diese werden einstimmig als Wahlkommission angenommen.

420 6.1. Wahl der 2x Sprecher*innen

421 Anika Schmütz aus Darmstadt stellt sich zur Wahl.

422

423 Anika stellt sich vor:

424 Findet es gut, dass so viele Hochschulgruppen hier sind. Identitäre Bewegung und
425 AFD werden immer stärker an den Hochschulen, dagegen einsetzen. Nicht-Deutsche
426 sollten die gleichen Voraussetzungen haben wie Deutsche in der
427 Bildungslandschaft Deutschlands.

428 Das System muss sich stärker für Studierende einsetzen, welche aus nicht
429 Akademiker-Familien kommen, da nachgewiesen ist, dass damit Bildungsabschlüsse
430 weniger „vererbt“ werden.

431 Sie ist 20 Jahre alt und war 2 Jahre Referentin im Asta. Zurzeit ist sie

432 Mitglied im Senat ihrer Universität.

433

434 Gültige Stimmen: Ja, Nein, Enthaltung, oder Name der Kandidatin.

435

436 26 Stimmen

- 437 Abstimmung: (23:1:2)
438 Anika ist zur Sprecherin gewählt. Sie nimmt die Wahl an.
439
440 Wahl zweite*r Sprecher*in
441 Danny Behrendt aus Landau stellt sich vor.
442 Findet den Verband gut, freut sich auf die nächste BMV. Danke an alle die da
443 sind.
444 Bildung spielt für ihn eine zu untergeordnete Rolle. Große Themen sind für ihn:
445 Bafög als Unterstützung der Studierenden und nicht nur Bürokratiemonster.
446 Durch Projekte wie Studiwein möchte er zeigen, wie biologische Ökologie möglich
447 ist. Er will sowas und anderes mit anderen gemeinsam erreichen.
448 Er ist 28 Jahre alt und will Grundschullehrer werden
- 449 24 Stimmen abgegeben
450 Abstimmung: (17:4:3)
451 Danny ist zum Sprecher gewählt. Er nimmt die Wahl an.
452
453 6.2. 1x Politischer Geschäftsführer*in
454 Pascal erzählt, was zu den Aufgaben einer polit. Geschäftsführung gehört.
455 Miriam ergänzt die Ausführungen von Pascal.
456
457 TOP wird verschoben, da niemand sich zur Wahl stellt.
458
459 6.3. Schatzmeister*in
460 Conny erzählt, was zu den Aufgaben gehört. Die Aufgabe ist nicht kompliziert, da
461 der Aufwand nicht so hoch ist.
462 Andreas erzählt, wie die Zusammenarbeit zwischen dem Bundesverband und dem
463 Bildungswerk funktioniert. Es sind 2500€, die verwaltet werden müssen.
464 Anika: Würde den Kandidaten, die Kandidatin nach ihrer/seiner Wahl unterstützen.
465
466 Christina: Halbjährliche Besetzung bis Stendal (nächste BMV) möglich?
467 Antwort: Ja, ist möglich.
468
469 Linda: Vielleicht überlegen sich die Personen, die sich eigentlich als
470 Projektkoordinator*In bewerben wollten, ob sie nicht auch die anderen Ämter
471 besetzen können/wollen.
472 Leo: Es wird gegenseitig geholfen. Die Schwerpunktaufgaben können sich auch
473 anders entwickeln und können von allen gemeinsam geleistet werden.
474
475 6.2. 1x Politischer Geschäftsführer*in
476 Felix (GHG Tübingen) wirft ein: Ich habe mir doch überlegt, mich auf den Posten
477 des politischen Geschäftsführers zu bewerben. Konnte Erfahrungen in diesem
478 Bereich durch ein Praktikum bei der Grünen Jugend Hessen sammeln
479
480 Andreas GO-Antrag auf Unterbrechung für fünf Minuten, um die Frage der
481 Quotierung zu klären.
482 Unterbrechung: 19:45 Uhr
483 Es geht weiter: 20:00 Uhr
484
485 Conny stellt einen GO-Antrag auf Vertagung der Wahlen auf Sonntag. Formale

486 Gegenrede.

487 Abstimmung: (11:1:4); damit ist der Antrag angenommen.

488

489 Der Top Wahlen zum Bundesvorstand wird auf Sonntagmorgen vertagt.

490

491 ----

492 Es wird der alte Bundesvorstand verabschiedet und sich mit kleinen Präsenten

493 bedankt. Der Bundesvorstand bedankt sich bei der Geschäftsstelle für die

494 gemeinsame Zeit und die viele Hilfe im Laufe des Jahres. Applaus für mehrere

495 Minuten.

496 ---

497 Top 7 Eilanträge

498 Begründung für die Anträge

499 EIL-A5 "Stellungnahme von Campusgrün zum Nationalen Aktionsplan Bildung für
500 nachhaltige Entwicklung" (Antragssteller: Bundesvorstand)

501 Miriam: Nationalplan für nachhaltige Entwicklung. Miriam hat an der Erarbeitung

502 mitgewirkt. Bericht der Bundesregierung zur Entwicklung nachhaltiger Bildung

503 wurde vor kurzem verabschiedet. Der Antrag unterstützt den BuVo durch die

504 Mitgliederversammlung, damit er dazu Stellung beziehen kann. Es sollte der

505 Anfang des Prozesses sein und nicht das Ende.

506

507 Abstimmung zur Behandlung des Eilantrags: (20:0:2)

508 Der Antrag ist damit zugelassen.

509

510 Miriam stellt den Antrag vor. Der Antrag erklärt im ersten Abschnitt, wie die

511 Bundesregierung zu der Thematik arbeitet. Es gibt mehrere Handlungsspielräume,

512 z.B. im Rahmen Hochschulbereich. Dazu gibt es Maßnahmenvorschläge. Von

513 studentischer Seite nicht nur macht was in dem Bereich - nicht nur Studierende.

514 Thorge: Dieses Papier soll den BuVo ermächtigen, dem Ministerium zu zeigen, wie

515 wichtig das Thema ist und dass der Plan allein nicht ausreicht.

516 Dabei beziehen wir (CG) Stellung gegenüber dem Ministerium (BMBF), was nicht

517 viele Verbände können.

518

519 Abstimmung: (20:0:2)

520 Der Antrag ist angenommen.

521

522 Robin GO Antrag Beendigung des Sitzungstages. Formale Gegenrede Abstimmung.

523 (19:3:0) Angenommen.

524 Ende der Sitzung um 20:26 Uhr

525

526 Beginn der Sitzung am Sonntag: 10:03 Uhr

527 Das Präsidium eröffnet die Sitzung am Sonntagmorgen um 10:03 Uhr und stellt den

528 Entwurf einer neuen Tagesordnung vor nach Wichtigkeit der restlichen Punkte:

529 Antrag auf Änderung der Tagesordnung, die wie folgt aussehen soll:

530 Wahlen

531 Haushalt

532 Berichte

- 533 Aufnahme neuer Gruppen
534 inhaltliche Anträge
535 Termine
536 Sonstiges
537
538 Die Änderung der Tagesordnung wird einstimmig angenommen.
539
540 3. Wahlen
541 6.2. Polit. Geschäftsführer*in
542 Kandidatinnen für politische Geschäftsführe*in
543
544 Es gibt bisher keine Kandidatin => Verschiebung sobald die Quotierung erfüllt
545 ist.
546
547 6.3 Schatzmeister*in
548 Kandidatinnen für Bundesschatzmeisterin:
549
550 Annika: Es gibt eine Kandidatin, aber die ist jetzt nicht hier.
551
552 Anika GO-Antrag Verschiebung des TOPs bis die Kandidatin anwesend ist.
553 Vorzug des Tops Berichte aus den Gruppen vor Ort (Berichte vor Wahlen).
554 Formale Gegenrede.
555 Abstimmung: 18:0:2 => GO-Antrag ist angenommen. Der TOP Berichte wird
556 eingeschoben bis die Kandidatin anwesend ist.
557
558 4. Berichte
559 4.1 Berichte aus den Ortsgruppen
560 CampusGrün Uni Hamburg
561 Armin (Uni Hamburg):
562 Seit April gibt es einen geschäftsführenden Asta. Haushaltsplanung lange unklar
563 bzgl. Nachtragshaushalt und Haushalt 17/18. RCDS, Jusos und Co arbeiten gegen
564 links-grünen Block. Mehrheit verloren als Asta; keine Mehrheit im Stupa.
565
566 Charlotte, Moritz (CG Lüneburg):
567 3 Studierende im Senat, davon zwei CGler*innen
568 Treffen sich 1x die Woche. Interne Diskussion über Ausrichtung der Gruppe. Nicht
569 nur Plakate und Flyer, sondern auch Aktionen wie zum Beispiel Vortrag zur
570 Schuldenbremse.
571 GHG/CG Stendal
572 Robin (Stendal):
573 Aktuelles Thema ist für die Gruppe Nachhaltigkeit in der Mensa: Umstellung auf
574 Fairtrade Kaffee und Kakao, Umstellung auf biologisch abbaubare Verpackungen.
575 Bei Fisch gäbe es bessere Siegel als aktuell vorhanden. Da könnten wir nochmal
576 drauf schauen.
577 Hochschul-Energie: Antwort der Hochschule auf Energienutzung in der Hochschule,
578 nutzen überwiegend Erneuerbare, fordern jetzt 100 Prozent Erneuerbare, Forderung
579 nach richtigem Heizen und Lüften in den Seminaren.

580

581 Robert (Stendal): Hochschulgesetz Novellierung in Sachsen Anhalt. Wir haben uns
582 gegen Studiengebühren eingesetzt. Bei uns sollen Studierende quasi rausgeworfen
583 werden, wenn sie nicht in Regelstudienzeit studieren.

584

585 Thorge GO-Antrag auf Vorziehen TOP Wahlen. Formale Gegenrede
586 Abstimmung: (20:0:0)

587 Antrag ist angenommen, TOP Wahlen wird vorgezogen.

588

589 6.3. Schatzmeister*in

590 Lena kandidiert für den Posten als Schatzmeisterin.

591

592 Lena (GHG Stendal) Kandidatin

593 Vorstellung: Ich sehe die GHG als Chance und kann solide mit Zahlen umgehen. Ich
594 weiß, dass ich mir das zu trauen kann.

595 Es gibt viele Themen, für die ich mich begeistern kann, aber eigene Themen

596 eigentlich nicht. Wichtige Themen für mich wären aber: Feminismus, Veganismus.

597

598 Es gibt keine weitere Kandidierende.

599 Abstimmung: (20:0:1); abgegeben wurden 21 Stimmen

600 Lena ist gewählt worden und nimmt die Wahl an.

601

602 6.2 Polit. Geschäftsführung

603 Kandidat*innen: Felix (GHG Tübingen)

604

605 Felix stellt sich nochmal vor.

606 Abgegebene Stimmen: 21

607 Abstimmung: (21:0:0)

608

609 Felix ist gewählt worden und nimmt die Wahl an.

610

611 6.4 4x Projektkoordinator*innen

612

613 Leo stellt die Aufgaben der Projektkoordination vor. Aufgabe ist es für Anträge
614 zuständig zu sein.

615 Es gibt die Möglichkeit zur Umsetzung persönlicher Projekte oder ich habe noch
616 kein Thema / bin aufgeschlossen, hole mir Ideen von anderen.

617 Leo: möchte weiterhin BuVo unterstützen auch außerhalb des Mandats

618 Es braucht kein Amt um sich zu engagieren, davon lebt Verbandsarbeit!

619

620 Kandidat*innen:

621

622 Moritz: Gibt es Kandidatinnen?

623

624 Christina: GO Antrag auf Frauenplenum. Diejenigen die sich als Frau definieren
625 dürfen bleiben.

626 Unterbrechung: 10:51Uhr

627 Fortsetzung: 11:47 Uhr

628 Vorstellung aus dem Frauenplenum:

629 Annika: Wir haben über unser Verständnis als Feministischer Verband gesprochen.

630 Forderung: Die Hälfte der Macht den Frauen. Wir sehen die Quote als wichtig an,

631 so lange man sie noch braucht. Uns ist es auch wichtig, dass die Positionen,

632 wenn es nicht genug FIT Personen gibt, für diese Personen offen zu lassen.

633

634 Miriam: Frauenplena sind ein Schutzraum, um sich über Strukturen etc. Gedanken

635 zu machen.

636

637 Frage: Gibt es Kandidatinnen für die Posten der Projektkoordinatorinnen?

638

639 Kandidat*innen:

640 Es gibt keine Kandidatinnen. Damit bleiben die Stellen vakant.

641

642 6.5 3x Bildungswerk-Vorstand

643 Laut Satzung schlägt der neugewählte Bundesvorstand drei Mitglieder aus seinen

644 Reihen für den Vorstand des Bildungswerk-Vorstand vor.

645 Anika schlägt Felix, Danny und sich selbst vor.

646

647 Kandidat*innen: Anika, Felix und Danny

648

649 Linda (Landau): Ich stelle fest, dass es zwei Männer und eine Frau sind. Wie kam

650 es zu dem Vorschlag?

651 Lena (Stendal): Ich habe spontan entschieden mich in den BuVo wählen zu lassen.

652 Ich möchte aus zeitlichen Gründen nicht auch noch Bildungswerkvorstand machen.

653 Thorge (Osnabrück): GO-Antrag keine geheime Wahl. Linda: Formale Gegenrede.

654 Miriam: Gegenrede gegen alle Wahlen.

655 Thorge zieht zurück.

656

657 Abstimmung als en bloc (Bildungswerk-Vorstand): (19:0:0) 19 Stimmen.

658 Sie nehmen die Wahlen an.

659

660 6.6 Delegierte*r von Campusgrün in das Kuratorium des DSW

661

662 Christina stellt einen GO-Antrag auf offene Abstimmung. Formale Gegenrede.

663 Dennis: Satzung sagt, Personenwahlen sind grundsätzlich geheim

664 Leo: Satzungsnahe wie möglich

665

666 Kandidat*innen: Anika

667

668 Leo (Darmstadt) stellt die Aufgaben vor. Es geht darum, als stud.

669 Vertreter*innen die Interessen der Studierenden zu vertreten. Es ist so eine Art

670 Aufsichtsrat im DSW.

671

672 Abgegebene Stimmen: 19

673 Abstimmung: (19:0:0)

674 Anika ist gewählt und nimmt die Wahl an.

675

676 6.7 2x Delegierte von Campusgrün in die BAG Wissenschaft, Hochschule, Technik

677 von B90Grüne

678

679 Madelaine (Marburg): Bundesarbeitsgemeinschaft der Grünen. Sind mit 2
680 Mitgliedern vertreten. Geht vor allem um Beschlüsse zum Beispiel zum
681 Bundestagswahlprogramm. Beraten wie Hochschulpolitik aussehen kann. 3 bis 4 Mal
682 im Jahr an verschiedenen Orten in Deutschland. Nächstes Mal vom 01.-03.

683 Dezember.

684

685 Conny (Frankfurt): Man trifft dort auch andere CG Mitglieder

686

687 Kandidat*innen: Lena, Moritz, Linda, Christina

688

689 Die Kandidaten stellen sich vor und antworten auf Fragen.

690

691 Moritz tritt für den Wahlgang von der Sitzungsleitung zurück, Robin übernimmt
692 seinen Platz.

693

694 Wahlvorgang:

695

696 Rene: Ist es laut GO möglich zu beantragen, dass die Nicht-Gewählten
697 Ersatzdelegierte werden?

698 Ben: Ist es möglich, Nicht-Parteimitglieder zu wählen.

699 Thorge: Ja, wir sind nur parteinah.

700

701 Wahl von Delegierten

702 Abgegebene Stimmen: 21

703 Abstimmung:

704 Lena: 13

705 Moritz: 9

706 Linda: 11

707 Christina: 8

708

709 Moritz ist Stellvertreter für den offenen Platz, Christina für den anderen. Lena
710 und Linda sind als Delegierte gewählt.

711 Die nicht gewählten Mitglieder werden, werden Ersatzmitglieder. Die Gewählten
712 nehmen die Wahl an.

713

714 6.8 Rechnerprüfer*innen:

715 Kandidierende: Pascal (Köln), Herrmann (Halle)

716

717 Linda (Landau): Geht es nur um den neuen BuVo?

718 Thorge: Ja, es geht darum den kommenden Vorstand zu prüfen.

719

720 Hermann: Ich würde als Stellvertreter kandidieren, wenn das von der Quotierung
721 her geht.

722 Thorge: Ist nicht quotiert, können wir machen.

723

724 Abgegebene Stimmen: 17

725 Abstimmung:

726 Pascal: 17

727 Hermann: 16, 1 ungültig

728

729 Hermann nimmt die Wahl an.

730 Thorge GO-Antrag auf Haushalt 2017/18. Gegenrede.

731 Abstimmung: 15:0:1 => damit angenommen

732

733 Haushalt 2017/18

734 Es gibt eine Präsentation, die vorgestellt wird.

735

736 Conny stellt Haushaltsplan 2017/2018 (s. Präsentation) vor.

737 Miriam stellt GO Antrag für Schluss auf Debatte und auf Abstimmung. Keine

738 Gegenrede.

739

740 Abstimmung Haushalt: (15:0:3) einstimmig angenommen

741

742 Unterbrechung zur Mittagspause: 13:11

743 Es geht weiter: 13:56 Uhr

744

745 Miriam GO Antrag auf Änderung der Tagesordnung Vorziehung der Abstimmung der

746 Dringlichkeit des Antrags EIL A6.

747 Formale Gegenrede

748 Abstimmung (9:0:0)

749

750 Abstimmung zur Dringlichkeit des Antrags EIL-A6 "Hochschulzugang für alle

751 ermöglichen" (Antragssteller: Bundesvorstand)

752

753 Begründung: Miriam: Verfassungsgerichtsurteil zum Numerus Clausus wird erwartet.

754 Der vorliegende Antrag soll den Vorstand ermächtigen neue Konzepte zu erarbeiten

755 und sich öffentlich zu äußern.

756 Abstimmung (Dringlichkeit): (9:0:0)

757 Die Dringlichkeit des Antrages ist angenommen.

758 GO Antrag auf Änderung der Tagesordnung: Aufnahme neuer Gruppen jetzt und danach

759 EILA6. Keine Gegenrede. GO-Antrag zugestimmt

760

761 G1 Aufnahme neuer Gruppen

762

763 Anika (Darmstadt): Dankt dem Schiedsgericht. Es gibt einen Friedensvertrag, der

764 eine konfliktlosere Zusammenarbeit der Gruppen in Oldenburg ermöglichen soll. Da

765 die Gruppen sich nicht vereinigen wollen, würde der Bundesvorstand es begrüßen

766 beide Gruppen befristet für ein Jahr aufzunehmen; wenn der Friedensvertrag

767 eingehalten wird. Wir würden dem Vorschlag des Schiedsgerichtes folgen und hier

768 eine Ausnahme machen.

769

770 Dennis(Wuppertal): Dankt den Gruppen, dass sie sich auf einen Einigungsprozess

771 eingelassen haben. Dankt dem Schiedsgericht und allen beteiligten.

772

773 Robin (Stendal): Weiterer Plan, wie man weiter verfährt? Fusion oder geduldet

774 nebeneinander her?

775

776 Moritz(Oldenburg): Wir haben uns Punkte für eine Zusammenarbeit überlegt und

777 wollen uns auch in Oldenburg nochmal zusammensetzen.

778 Rene (Oldenburg): Wichtig, dass man Konfliktpotentiale klärt, regelmäßiger
779 Austausch gewünscht zwischen beiden Gruppen, Konflikte sollen ausgeräumt werden,
780 vielleicht demnächst gemeinsame Anträge einbringen

781

782 Ben(Frankfurt): Gut, dass es so einen Prozess gibt. Wie stehen beide Gruppen zu
783 Antisemitismus, BDS Kampagne und Antizionismus?

784

785 Hannah: Bei der aktuellen Debatte geht es erst mal darum, ob generell 2 Gruppen
786 aus Oldenburg aufgenommen werden können.

787

788 Lena (Stendal): Verständnisfrage: Aufnahme von 2 Gruppen aus einer Stadt

789

790 Linda(Landau): GO Antrag auf sofortige Abstimmung.

791 Ben(Frankfurt) Gegenrede: Finde es wichtig, dass meine Frage beantwortet wird.

792 Abstimmung: (5:3:2)

793

794 Abstimmung zur Entscheidung des Schiedsgerichts zur Aufnahme einer neuen CG-
795 Basisgruppe

796 Abstimmung: (7:1:3)

797

798 G1 Grün-alternative Hochschulgruppe Oldenburg

799 Moritz (Oldenburg) stellt den Antrag vor. Konnten leider nicht zur letzten BMV

800 dabei sein. Vor 1 Jahr gegründet. Relativ große Erfolge bei Wahlen. Viele

801 Veranstaltungen für Studierende organisiert. Stellen den Asta Sprecher. Würden

802 uns sehr freuen, wenn wir bei BMV dabei sein dürfen

803 Auch in Oldenburg gibt es BDS Kampagnen. Wir haben das im Stupa schon diskutiert

804 und uns ganz klar gegen jede Form von Diskriminierung ausgesprochen. Es gab

805 antisemitische Vorwürfe. Wir probieren unser möglichstes Initiativen gegen

806 Antisemitismus und Rassismus zu unterstützen.

807

808 GO-Antrag Robin (Stendal): 2 Minuten Pause.

809 Gegenrede Hannah (Landau): Lieber ein durch Sitzungsleitung geregeltes Gespräch
810 als Pause in der sich jeder überlegt was er/sie sagen möchte.

811

812 Abstimmung: (5:6:0), abgelehnt

813

814 Abstimmung Mitgliedsantrag Campus Grün Oldenburg (8:0:3)

815 Die Gruppe Campus Grün Oldenburg ist als neues Mitglied im Bundesverband

816 aufgenommen.

817 G2 offene grüne Hochschulgruppe Oldenburg (OGH Oldenburg)

818 Rene stellt die zweite Gruppe aus Oldenburg vor:

819 Rene (Oldenburg): Wir heißen wieder offene grüne HSG. Wir hatten davon Abstand

820 genommen CG zu heißen. Wir wollen nochmal zusammenarbeiten mit der anderen

821 Gruppe. Wir haben im Stupa (als Gruppe MARX) gemerkt, dass unser Austausch immer

822 sehr gut war. Ist mir ein Herzensanliegen weiterhin Teil des Verbandes zu sein,

823 als Gründer der 1. grünen Gruppe in Oldenburg. Hoffe der Konflikt ist vorbei,

824 stehen für Gespräche zur Verfügung. Finde wir sind auf einem guten Weg.

825 Christina(LD): Wie viele Mitglieder seid ihr?

826 Rene (): Gelistet sind 10. 7 Kandidat*Innen fürs Stupa. Frauenanteil nicht gut.

- 827 Hannah GO Antrag auf Verkürzung der Redezeit auf 3 Minuten.
828 Keine Gegenrede
- 829 Abstimmung offene grüne Hochschulgruppe Oldenburg (7:1:3)
830 Damit ist die OGH Oldenburg als neues Mitglied im Campusgrün Verband
831 aufgenommen.
- 832 G3 Mitgliedsantrag der Gruppe Bamberger Grün-Linke Hochschulinitiative (BAGLS)
833 Die Gruppe ist nicht persönlich anwesend und wird von einem Mitglied des BuVo
834 vorgestellt.
835
- 836 Abstimmung:(8:0:2)
837 Damit ist die BAGLS als neues Mitglied im Campusgrün Verband aufgenommen.
- 838 Eil-Antrag 6 Numerus Clausus
- 839 Die Vorstellung des Antrages durch Miriam fand bereits statt. Es gibt eine kurze
840 Diskussion zum Antrag und zur weiteren Entwicklung. Danach folgt die Abstimmung.
841
- 842 Abstimmung (11:0:1)
843 Der Eilantrag ist damit angenommen.
- 844 Berichte aus den Gruppen:
- 845 Campusgrün Marburg
846 Madelaine(Marburg): Im Sommer waren Stupa Wahlen haben 11 von 40 Sitzen geholt.
847 Wir streben eine Minderheitenregierung an. Versuchen AStA zu besetzen, haben
848 Präsidium mit 2 von 3 Personen besetzt. Hatten viele Gruppenfindungsprozesse.
849 Regelmäßige Stände in der Mensa und AKs.
850 Dennis (Marburg): Plakate, Vortrag in der Cloud anbieten, wir erreichen Mehrheit
851 mit liberaler HSG, arbeiten nicht mit Verbindungsstudierenden zusammen.
- 852 Campusgrün Wuppertal
853 Dennis (Wuppertal): Allgemeinpolitische Lage gut, Neuerung, "Krise" überwunden,
854 gültige Wahlen, Koalitionsgespräche usw. läuft soweit gut, 2. stärkste Gruppe,
855 bilden zusammen mit Jusos AStA, Mehrheit von 12 gegen 9 RCDS, Situation in
856 Gruppe nicht ganz so rosig, stark geschrumpft, 2 Leute die sich aus persönlich-
857 politischen Gründen zurückgezogen haben, aktiv nur noch 4 Mitglieder in der
858 Gruppe, Im Sommer möchte ich selbst mit der Arbeit bei der Gruppe aufhören, weil
859 ich plane mein Studium abzuschließen. im Dezember Wandercoaching, Bedarf an
860 Findungsphase und Konfliktbewältigung, nächste Wahlen im Dezember, Sozial-
861 ökologische Liste geplant.
862
- 863 Campusgrün Frankfurt
864 Ben: AStA Zeitung, Bericht über PickUp Artist / Sexismus, finale
865 Hauptsacheverfahren mit Sieg des AStA beendet. Bilden AStA mit anderer Liste.
866 Razzia im Studierendenhaus, u.a. Büros der Studierendenvertretung. Setzen uns
867 ein für Fahrradwerkstatt. Resolution gegen BDS. Wahlen sind im Januar.
- 868 Campusgrün Darmstadt
869 Annika(Darmstadt): 11 von 31 parlamentssitzen, Wahlen waren im Juli. Im nächsten
870 Stupa Antrag gegen BDS. Sind viel im AStA aktiv.
871
- 872 Miriam verteilt Präsente an die neue Sprecherin und Sprecher und Präsidium. Und

873 an die Protokollierenden.

874

875 Campusgrün Mainz

876 Julian(Mainz): Im Sommer hatten wir Wahlen 8 von 35 Sitzen, stärkste Fraktion.

877 Wahlkampf war nicht so gut. Opposition. Wichtigstes Projekt: Genderquotierte

878 Redeliste wieder einführen. Eigene Projekte: Zeitungsbox für gelesene Zeitungen.

879 Veganes Kochen. Nächsten Wahlen sind im Januar, zum Senat. 3 von 8 Sitzen

880 zurzeit.

881

882 Campusgrün Oldenburg

883 Pierre(Oldenburg): Kulturticket eingeführt. Ist wohl das beeindruckendste

884 Projekt.

885

886 Dennis(Marburg): Habt ihr mit der anderen Oldenburger Gruppe zusammengearbeitet?

887

888 Pierre(Oldenburg): Ja, das haben wir zusammen abgestimmt.

889 Campusgrün Landau

890 Katrin, Hannah, Christina (LD): Bei uns stehen Stupa Wahlen an, wahrscheinlich

891 im Dezember. Wir sind also im Wahlkampf. Wir haben fast die absolute Mehrheit

892 bekommen, um einen Sitz verfehlt. Haben den AStA nicht gestellt. Wir haben den

893 Tag zum Hospiz veranstaltet auch in Zusammenarbeit mit der Stadt Landau, neben

894 dem TzN an dem wir auch beteiligt waren. Der Studiwein findet immer mehr

895 Anklang. Haben die BMV vorbereitet. Es herrscht eine allgemeine Unmutsstimmung

896 gegenüber der Fraktion. Uns wird Fraktionszwang und zu große Nähe zur Partei

897 vorgeworfen. Wir haben in Landau kein veganes Mensa Essen, das vegetarische

898 besteht aus vielen tierischen Produkten. Aber die Mensa wird umgebaut und wir

899 finden Gehör. Liegt nicht am Studierendenwerk, die haben auch keine Mittel.

900 Termine

901 Der Bundesvorstand stellt kommende Termine wie BAG Wissenschaft und Technik vor.

902 Die nächste Mitgliederversammlung ist ab dem 31.5. in Stendal.

903

904 Präsidium schließt die Sitzung um 16:06 Uhr.

905 Folgende Tops wurden nicht behandelt:

906 4.2 Berichte aus den Landesverbänden

907 4.3 Bericht der Bundesgeschäftsstelle

908 4.4 Bericht des Campusgrün Bildungswerk e.V.

909 Folgende Tops wurden auf die MV in Stendal vertagt:

910 Entlastung Bundesvorstand

SOÄA1NEU Änderung der Schiedsgerichtsordnung (Angenommen)

Antragsteller*in: Emily Braum (Campus Grün Landau)

Tagesordnungspunkt: 7.7.2 Ordnungsändernde Anträge

1080 Einfügen des §1(1) in die Schiedsgerichtsordnung (nach Satz 4):

1081 In das Schiedsgericht müssen Personen aus mindestens drei Hochschulgruppen
1082 gewählt werden, wovon maximal zwei Personen der selben Hochschulgruppe angehörig
1083 sein dürfen.

Begründung

Die momentane Regelung könnte dazu führen, dass über 50% des Bundesschiedsgerichtes in einem Fall befangen sind und nur bis zu einer Person des Schiedsgericht entscheidungsfähig bzw. entscheidungsberechtigt ist. Das sehen wir problematisch. Wir sehen generell eine überproportionale Stimmerversgabe zu Gunsten eines Standortes als problematisch.

Unterstützer*innen

Hannah Trippner (Campus Grün Landau)

SÄA1 § 5 Mitgliedsgruppen: Mitgliedschaft von Gruppen (Angenommen)

Gremium: Bundesvorstand Campusgrün
Beschlussdatum: 01.05.2018
Tagesordnungspunkt: 7.7.1 Satzungsändernde Anträge

930 Unter § 5 Mitgliedsgruppen soll folgendes geändert werden (der unterstrichene
931 Text soll entfernt und der fette Text hinzugefügt werden):

932 (1): Mitglied im Bundesverband kann grundsätzlich jede Hochschulgruppe werden,
933 die diejene in der Präambel und unter §2 beschriebenen Grundsätze unterstützt.
934 Gruppen werden grundsätzlich durch die Landesverbände aufgenommen und
935 ausgeschlossen - eine Stellungnahme des Bundesvorstands wird zuvor eingeholtder
936 Bundesvorstand wird darüber unverzüglich in Kenntnis gesetzt.

937

938 Landesverbände werden durch die Mitgliederversammlung (siehe §8) des
939 Bundesverbandes aufgenommen. Die Mitgliedschaft im Bundesverband ist an die im
940 jeweiligen Landesverband gekoppelt.

Ist in der betreffenden Region kein
941 Landesverband vorhanden so ist für Aufnahme und Ausschluss von Gruppen aus
942 diesem Gebiet die Mitgliederversammlung des Bundesverbandes zuständig. In diesem
943 Fall gilt folgendes Verfahren:

944

945

(2) Beantragt eine Hochschulgruppe die Mitgliedschaft im Verband, so
946 entscheidet die Mitgliederversammlung über deren Aufnahme mit absoluter Mehrheit
947 der abgegebenen Stimmen. In der Regel sollte pro Hochschule nur eine Gruppe
948 aufgenommen werden. In begründeten Ausnahmefällen kann die Mitgliederversammlung

949

hiervon abweichen. Auch eine befristete Mitgliedschaft kann eingeräumt werden.
950 Eine Stellungnahme des Bundesvorstands ist zuvor einzuholen. Dieser koppelt sich
951 mit einem eventuellen zuständigen Landesverband zurück.

952

953 (3) Die Mitgliedschaft beginnt unmittelbar nach der Aufnahme.

954

955 (4) Ein Anspruch auf Aufnahme besteht nicht.

956

957 (5) Mit dem Aufnahmeantrag erklärt die Gruppe zugleich, die Regelungen dieser
958 Satzung und ihrer Bestandteile zu akzeptieren sowie Campusgrün nach ihren
959 Möglichkeiten aktiv zu unterstützen.

960

961 (6) Von den Mitgliedsgruppen wird eine aktive Mitarbeit erwartet. Diese besteht
962 aus der regelmäßigen Teilnahme an Treffen des Verbandes und der grundsätzlichen
963 Bereitschaft der Mitglieder der Hochschulgruppen, ein Amt, ein Mandat oder
964 andere Aufgaben innerhalb der Hochschule oder dem Bundesverband oder Mandat
965 innerhalb der Hochschule oder andere Aufgaben innerhalb des Verbands zu
966 übernehmen. Weiterhin sind alle Verbandsgliederungen verpflichtet ihre
967 Kontaktdaten bei Änderungen unverzüglich an den Bundesverband zu senden. Dieser
968 garantiert in Zusammenarbeit mit den Landesverbänden die Speicherung und
969 Sicherung dieser Daten sowie den Datenschutz.

970

971 (7) Die Mitgliedschaft endet durch

972 - Auflösung der Mitgliedsgruppe, Nichtaktivität,

973 - Austritt oder

974 - Ausschluss.

975

976

Die Auflösung einer Gruppe wird dem Bundesverband erklärt. Der Bundesvorstand
977 kann der Mitgliederversammlung vorschlagen eine Mitgliedsgruppe für nicht mehr
978 aktiv zu erklären. Hierfür dokumentiert der Bundesvorstand die
979 Kontaktaufnahmeversuche in einem Zeitraum von mindestens 6 Monaten. Maßbeglich
980 hierfür ist das Datum des ersten Versuchs. Die Dokumentation wird der
981 Mitgliederversammlung vorgelegt, wobei mindestens drei Kontaktaufnahmeversuche
982 verzeichnet sein müssen. Hierzu muss wenigstens ein halbes Jahr lang versucht
983 werden alles Mögliche zu tun um mit dieser Gruppe in Kontakt zu treten. Gegen
984 den Vollzug dieser Erklärung kann Widerspruch eingelegt werden. Der Austritt
985 einer Gruppe wird dem Bundesvorstand schriftlich erklärt und tritt unverzüglich
986 in Kraft. Mitgliedsgruppen können, sofern sie keinem Landesverband angehören,
987 von der Mitgliederversammlung mit einer 2/3-Mehrheit ausgeschlossen werden. Der
988 Ausschluss kann erfolgen, wenn eine Mitgliedsgruppe durch Zuwiderhandeln gegen
989 die Satzung, gegen satzungsgemäße Beschlüsse oder das Grundsatzprogramm den
990 Verband schädigt, ernsthaft gefährdet oder sich eines der Mitgliedschaft
991 unwürdigen Verhaltens schuldig macht. Der Ausschluss kann zudem erfolgen, wenn
992 eine Mitgliedsgruppe die in § 3 Absatz (1) dieser Satzung genannten
993 Aufnahmebedingungen nicht mehr erfüllt. Der Ausschluss wird der Basisgruppe
994 schriftlich mitgeteilt.

Begründung

Erfolgt mündlich.

SÄA2 § 8 Mitgliederversammlung: Delegierte, Antragsberechtigte und Antragsfristen
(Angenommen)

Gremium: Bundesvorstand Campusgrün
Beschlussdatum: 01.05.2018
Tagesordnungspunkt: 7.7.1 Satzungsändernde Anträge

- 995 Unter § 8 Die Mitgliederversammlung soll folgendes geändert werden (der
996 unterstrichene Text soll entfernt und der fette Text hinzugefügt werden):
- 997 (1) [...] Damit eine Mitgliedsgruppe das volle Stimmrecht von zwei Stimmen
998 wahrnehmen kann, muss mindestens eine FrauFIT*-Person Teil der Delegation sein.
- 999 [...]
- 1000 (14) Antragsberechtigt sind
1001
1002 - die Mitgliedsgruppen,

1003 - mindestens zwei Mitglieder von Mitgliedsgruppen,

1004 - die Landesverbände,

1005 - die Delegierten der Mitgliedsgruppen,

1006 - der Bundesvorstand,
sowie dessen einzelne Mitglieder
1007 - die Mitglieder des Bundesvorstandes

1008 - die Frauenversammlung,
1009 - die Queer-Versammlung
1010 - die/der Rechnungsprüfer*in und

1011 - die/der organisatorische Geschäftsführer*in
- 1012 (15) Anträge zu Mitgliederversammlungen sind zwei Wochen vor der Versammlung
1013 beim Bundesvorstand einzureichen. Die Anträge sind den Hochschulgruppen
1014 mindestens zwei Wochen vor der Versammlung elektronisch zuzustellen.
1015 Änderungsanträge können jederzeit gestellt werden. Es gibt
1016 Dringlichkeitsanträge, Änderungsanträge zur Satzung oder/und zur
1017 Geschäftsordnung können keine Dringlichkeitsanträge sein. Weiteres regelt die
1018 Geschäftsordnung.

Begründung

Erfolgt mündlich.

SÄA3 § 9 Bundesvorstand: Änderung der Mitglieder (Angenommen)

Gremium: Bundesvorstand Campusgrün
Beschlussdatum: 01.05.2018
Tagesordnungspunkt: 7.7.1 Satzungsändernde Anträge

1019 Unter § 9 Bundesvorstand soll folgendes geändert werden (der unterstrichene Text
1020 soll entfernt und der fette Text hinzugefügt werden):

1021 [...]

1022

1023 (4) Der Bundesvorstand setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen:

- 1024 • zwei gleichberechtigten Sprecher*innen,
- 1025 • einem/einer politischen Geschäftsführer*in,
- 1026 • einem/einer Pressekoordinator*in,
- 1027 • einem/einer Schatzmeister*in,
- 1028 • bis zu drei Projektkoordinator*innen.
- 1029 • vier Beisitzer*innen

1030 [...]

1031

1032 (14) Aufgaben der/des Pressekoordinator*in

- 1033 • Die/der Pressekoordinator*in ist verantwortlich für das regelmäßige
1034 Verfassen von Pressemitteilungen sowie die Planung der
1035 Öffentlichkeitsarbeit.

1036 (15) Aufgaben der/des Schatzmeister*in

1037 [...]

1038 (16) Aufgaben der/des Projektkoordinator*in

- 1039 • Der/Die Projektkoordinator*in übernimmt die Koordination von durch den
1040 Bundesvorstand definierten Projekten. Zudem ist er/sie für die
1041 organisatorische Planung der Verbandsseminare verantwortlich.

1042 (14) Aufgaben der/des Schatzmeister*in

1043 [...]

1044 (15) Aufgaben der Beisitzer*innen

- 1045 • Die Beisitzer*innen unterstützen den Bundesvorstand in allen Bereichen,
1046 besonders in der Koordination von durch den Bundesvorstand definierten
1047 Projekten, in der organisatorischen Planung der Verbandsseminare und in
1048 der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Begründung

Erfolgt mündlich.

TONEU Tagesordnungsvorschlag (Angenommen)

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 02.06.2018
Tagesordnungspunkt: 2.2.3 Beschluss der Tagesordnung

- 1 1. Begrüßung
- 2 2. Formalia
- 3 • 2.1 Wahl der Redeleitung
- 4 • 2.2 Wahl der Protokollant*innen
- 5 • 2.3 Beschluss der Tagesordnung
- 6 • 2.4 Beschluss der Geschäftsordnung
- 7 • 2.5 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Anwesenheit
- 8 • 2.6 Beschluss des Protokolls der 36. Bundesmitgliederversammlung
- 9 3. Aufnahme neuer Gruppen
- 10 4. Aufnahme neuer Landesverbände
- 11 5. FIT*-Versammlung und offene Versammlung
- 12 6. Berichte
- 13 • 6.1 Berichte aus den Gruppen
- 14 • 6.2 Berichte aus den Landesverbänden
- 15 • 6.3 Bericht der Bundesgeschäftsstelle
- 16 • 6.4 Bericht des Campusgrün Bildungswerk e.V.
- 17 • 6.5 Bericht des Bundesvorstands
- 18 • 6.6 Aussprache
- 19 7. Nachträgliche Entlastung des Bundesvorstands 16/17
- 20 8. Anträge
- 21 • 8.1 Satzungsändernde Anträge
- 22 • 8.2 Ordnungsändernde Anträge
- 23 • 8.3 Inhaltliche Anträge

- 24 9. Nachwahlen Bundesvorstand
- 25 • 9.1 1x Pressekoordinator*in
- 26 • 9.2 3x Projektkoordinator*innen
- 27 10. Wahlen Bundesschiedsgericht (bis zu 5x Personen)
- 28 11. Termine
- 29 12. Sonstiges

Begründung

Erfolgt mündlich.